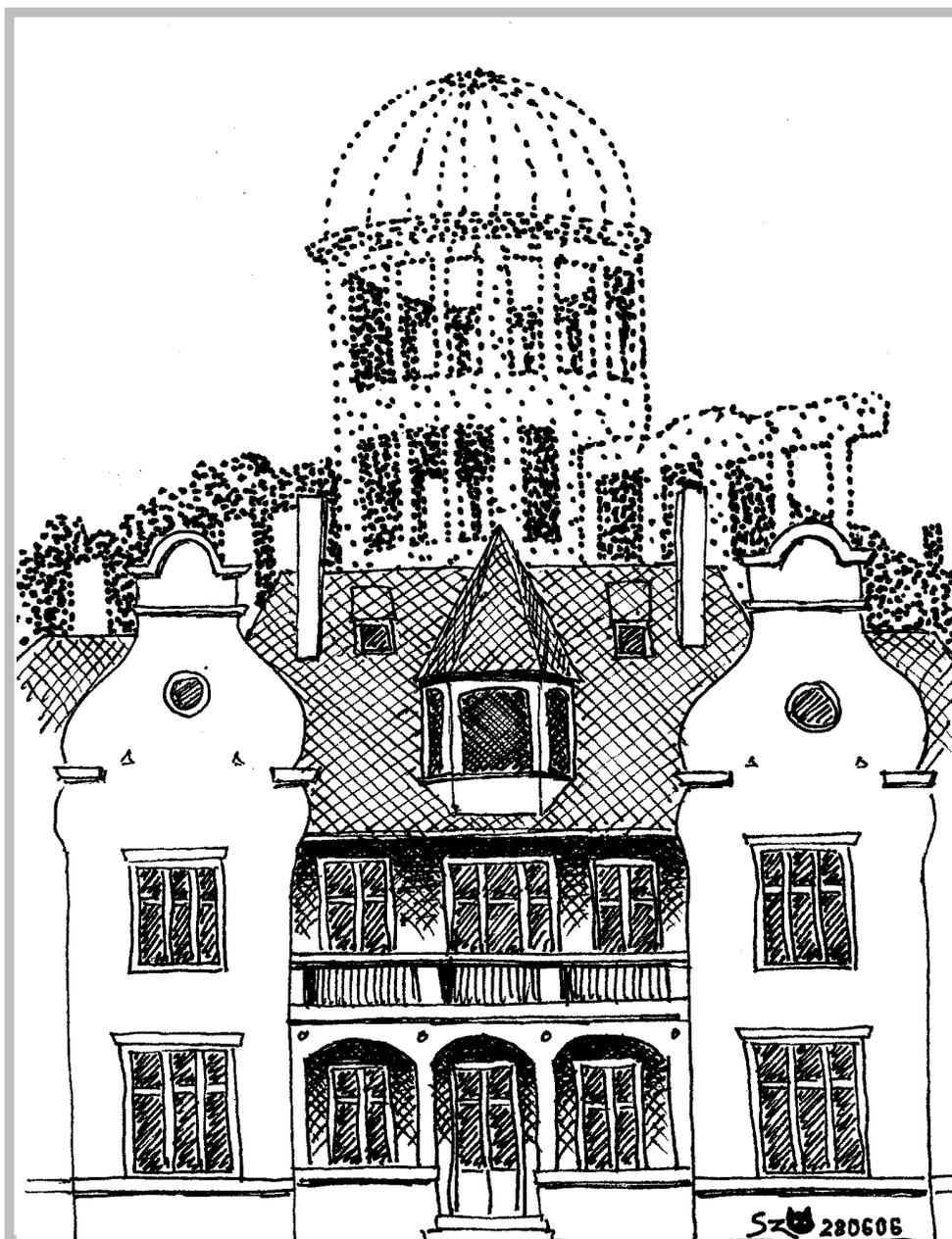


独
日
平
和
フ
ォ
ー
ラ
ム

DJF - QUARTERLY

Organ des Deutsch-Japanischen Friedensforum Berlin e. V.
4. Jahrgang Nr. 1 / 2006



Schwerpunkte:

Potsdam benennt Hiroshimaplatz

Die Situation im Iran und der Atomwaffensperrvertrag

ADiA: Aktuelle Berichte und neue Stellen

Intern: Überregionales Treffen in Berlin

Editorial

von Eugen Eichhorn

Inhaltsverzeichnis

Potsdam beschließt Benennung Hiroshimaplatz	-	-	-	-	-	-	-	-	2
Potsdam – Botschaft von Bürgermeister Tadatoshi Akiba an Potsdam	-	-	-	-	-	-	-	-	3
Potsdam – Rede von Horst Eberhard Richter	-	-	-	-	-	-	-	-	5
Braucht Deutschland eigene Atombomben? Rupert Scholz in der BILD-Zeitung	-	-	-	-	-	-	-	-	7
Option Atomwaffeneinsatz: Über Chiracs Säbelrasseln <i>aus n-tv.de</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	8
Motive der Konfliktparteien im Iran-Atomkonflikt von Mohsen Massarrat	-	-	-	-	-	-	-	-	10
Der Atomwaffensperrvertrag, Wortlaut	-	-	-	-	-	-	-	-	16
Biographie Jane Adams	-	-	-	-	-	-	-	-	20
Überregionales Treffen	-	-	-	-	-	-	-	-	21
ADiA-Auswahltreffen 2006	-	-	-	-	-	-	-	-	24
ADiA in der KiTa Mugi NoKokai, Sapporo. Bericht von Jens Fielenbach	-	-	-	-	-	-	-	-	25
ADiA im Seniorenheim Umi no hoshi, Kobe. Bericht von Robert Petzold	-	-	-	-	-	-	-	-	29
Impressum	-	-	-	-	-	-	-	-	31
Fünf neue Einrichtungen für den ADiA in Japan	-	-	-	-	-	-	-	-	32

Potsdam beschließt Benennung Hiroshimaplatz

Die Stadt Potsdam hat auf Initiative der Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen im September 2005 beschlossen, den bisher namenlosen Platz vor der sogenannten Truman-Villa in Hiroshimaplatz zu benennen. In dem Haus, in dem der US-amerikanische Präsident Harry Truman während der Potsdamer Verhandlungen wohnte, wurde der Abwurf der Atombombe auf die japanische Stadt Hiroshima beschlossen. In diesem Jahr soll eine Gedenktafel oder Gedenkstele errichtet werden, die auf die Hintergründe der Benennung verweist.

Bürgermeister Akibas Botschaft an Potsdam

von Tadatashi Akiba, Bürgermeister von Hiroshima und Präsident der „Bürgermeister für den Frieden“

Grüße aus Hiroshima.

Es ist mir eine Ehre und eine Freude aus diesem wichtigen Anlass ein Grußwort an Sie zu richten und ich danke Oberbürgermeister Jann Jakobs, der IPPNW und allen Organisatorinnen, die ihn ermöglicht haben.

Das Wort „Potsdam“ löst bei Japanern und besonders bei den Menschen von Hiroshima und Nagasaki tiefe Emotionen aus. In Potsdam wurde Präsident Truman über den erfolgreichen Atombombentests informiert und hier führte die Beharrlichkeit von Truman und seinem Außenminister James Byrne dazu, dass die Potsdamer Erklärung keine schonenden Bestimmungen für das kaiserliche System enthielt, was zur Rückweisung Japans führte und – letztendlich – zu den Atombombenabwürfen.

Das Leben ist voller Gelegenheiten zu sagen, „wenn nur ...“. Gerade Potsdam liegt im Zentrum eines extrem tiefen und mächtigen „wenn nur“ für Hiroshima und Nagasaki. Deswegen erscheint es mir besonders erlösend, dass die Stadt Potsdam jetzt einen Hiroshima-Platz vor der Truman-Villa hat. Ich spende diesem Wunsch nach Versöhnung - von dem ich weiß, dass er hinter diesem Namen und dieser Veranstaltung liegt - Beifall und ich versichere Ihnen, dass Ihre symbolische Geste hier in Hiroshima außerordentlich geschätzt wird.

Ohne jemanden zu beschuldigen oder zu hinterfragen glaube ich, dass wir alle auf das Potsdam des Jahres 1945 zurückblicken können und erkennen, dass gewisse Männer dort ungeheure Entscheidungen trafen. Als Antwort auf diese Entscheidungen trafen dann andere Männer Entscheidungen, was zu schrecklichen Leiden für hundert tausende unschuldiger Menschen führte, die keinerlei Kontrolle über die gewalttätige Machtpolitik jener Tage hatten.

Wir wissen, dass unter bestimmten Bedingungen unsere Führer sehr wohl in der Lage sind, uns zum Erreichen konkurrierender Ziele in den Ruin zu führen. Deswegen müssen wir, die Menschen,

und ganz besonders friedliebende Menschen wie Sie, wachsam bleiben und uns bemerkbar machen. Wir müssen alles in unserer Macht stehende tun, um die konkurrierenden Neigungen unserer Führer unter Kontrolle zu halten.

Als Bürgermeister von Hiroshima spreche ich zu Ihnen im Namen unserer Atombombenüberlebenden und unserer entschlossenen Gemeinschaft von Friedenaktivisten. Sie haben uns über Jahrzehnte davor gewarnt, dass die Menschheit nicht ewig neben Nuklearwaffen bestehen kann. Auch wegen ihrer beständigen und beharrlichen Warnungen waren wir in der Lage, die nukleare Katastrophe seit 1945 zu vermeiden. Indes, „wer die Geschichte vergisst, ist verdammt sie zu wiederholen“, und ich versichere Ihnen, die Welt ist dabei zu vergessen und das nukleare Tabu wird aufgeweicht.

Der Kalte Krieg ist vorbei. Deutschland ist eine vereinte Nation. Europa ist eine vereinte ökonomische Einheit. Die USA, Japan und Europa sind Geschäftspartner von Russland und China, und doch, hier in Hiroshima fürchten wir, dass uns unsere Weltführer von der friedlichen Welt die wir alle wollen fort führen und uns einem erneuten Einsatz von Atomwaffen immer näher bringen. Wir dürfen ihnen das nicht erlauben.

Ich bin der Präsident einer Nichtregierungsorganisation, der „Bürgermeister für den Frieden“ (Mayors for Peace). Als Resonanz auf unsere Sicht der Krise des globalen politischen Klimas, starteten wir im November 2003 eine Not-Kampagne für einen Bann der Atomwaffen. Seitdem ist unsere Mitgliedschaft von 560 auf 1.350 Städte aus 116 Ländern und Regionen angewachsen. Dieses dramatische Anwachsen ist nicht mein Verdienst. Es ist nicht der Verdienst von Hiroshima und Nagasaki. Es ist der Verdienst hunderter von Friedensaktivisten rund um die Welt, von denen viele IPPNW-Mitglieder sind.

IPPNW ist ein herausragender Anstifter der Kampagne in Deutschland, wo, so glaube ich, etwa 300 Bürger- und Oberbürgermeister den „Bür-

germeister für Frieden“ angehören. Dieser Erfolg ist auch der Verdienst der IPPNW und vieler weiterer Gruppen in Deutschland, aber ich glaube, er ist besonders der grundlegenden Sensibilität der Deutschen für die Gefahren des Krieges und der Atomwaffen geschuldet.

Am 1. Juli werde ich nach Europa reisen und vom 2. bis 6. Juli eine internationale Bürgermeister-Delegation nach England, die Niederlande und Belgien führen. In der Tat wäre es wunderbar, wenn Oberbürgermeister Jakobs zu dieser Delegation dazu stoßen könnte. Unser hauptsächlichster Reisezweck dient der Erinnerung an den 10. Jahrestag der Verkündung des Beratenden Gutachtens des Internationalen Gerichtshofes vom 8. Juli 1996. Dieses Gutachten erklärte deutlich, dass der Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen gemäß internationalem Recht grundsätzlich illegal ist. Zudem besagte es: „Es gibt eine Verpflichtung, Verhandlungen in gutem Glauben fortzusetzen und abzuschließen, die zu atomarer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und effektiver internationaler Kontrolle führen.“

Die „Bürgermeister für den Frieden“ beabsichtigen durch den Start der Phase 2 unserer „Vision 2020 Kampagne“ zur Eliminierung der Atomwaffen bis zum Jahr 2020 an diese Grundsatzentscheidung zu erinnern. Ich habe hier nicht die Zeit ins Detail zu gehen, aber lassen Sie mich zwei Aspekte erwähnen.

Einmal möchte ich Sie wissen lassen, dass bei der UN eine neue Bewegung im Gange ist, um die Blockade der nuklearen Abrüstung aufzubrechen und um ein Rahmenabkommen für Nuklearwaffen voranzutreiben. Diese neue Bewegung ist gerade am Entstehen, sie braucht unbedingt ihre Aufmerksamkeit und Unterstützung. Deswegen beginnen die „Bürgermeister für den Frieden“ was wir „Good Faith Challenge“ nennen (Herausforderung des guten Glaubens). Wir werden unsere Mitglieder und alle unsere Gleichgesinnten darum bitten, sich an ihre nationalen Regierungen und an gewählte Repräsentanten zu wenden um zu verlangen, dass sie sich konstruktiv und in gutem Glauben in den Verlauf der Abrüstungsverhandlungen einbringen.

Wir hoffen und erwarten, dass diese „Herausforderung des guten Glaubens“ von tausenden von

Aktivisten in einer Art und Weise aufgenommen wird, die ihren jeweiligen Möglichkeiten entsprechen. Die „Bürgermeister für den Frieden“ selbst werden den guten Willen der Atomwaffenstaaten durch den Start ihres Projekts „Städte sind keine Ziele“ herausfordern.

Wir werden alle unsere Mitgliedsstädte dazu anregen, von den Nuklearwaffenstaaten die schriftliche Versicherungen zu verlangen, dass weder ihre Stadt noch ihre Schwesterstädte und auch keine anderen Städte jetzt oder in Zukunft Ziel von Atomwaffen sein werden. Wir beabsichtigen alle Führer der Welt daran zu erinnern, dass die Auslöschung einer Stadt durch eine Nuklearwaffe ein Verbrechen schlimmster Kategorie ist und selbst die Bedrohung nicht mehr toleriert werden wird. Es ist an der Zeit, dass die Städte sich erheben und unseren Führern verdeutlichen, dass jeder der den Einsatz einer Nuklearwaffe auch nur andenkt, ein Feind der Menschheit und ein Feind dieses Planeten ist.

Ich hoffe, Sie werden diesen Kampf aufnehmen und so dafür streiten als ob das Glück ihrer Kinder davon abhängt. Während wir vor den Problemen einer wachsenden Bevölkerung, sich verringender Ressourcen und sich intensivierender ökologischer Probleme stehen, dürfen wir unseren Führern nicht erlauben, uns in Richtung auf gewalttätige und konkurrierende Lösungen für diese Probleme führen zu lassen. Krieg wird unsere Probleme nur noch verschlimmern und wenn irgendjemand zu irgendeinem Zeitpunkt eine Nuklearwaffe einsetzen würde, würden all unsere Hoffnungen auf Frieden und Wohlstand in radioaktivem Rauch aufgehen. Jegliche Hoffnung auf das Erreichen einer friedlichen Welt, von der wir alle wissen, dass sie möglich ist, hängt vom Erhalt des Atomwaffen-Tabu ab. Es ist von zentraler Bedeutung und dringend, dass unsere Führer von uns nachdrücklich erfahren, dass wir den Einsatz einer Atombombe durch niemanden tolerieren werden.

Ich danke Ihnen für Ihren außerordentlichen Einsatz für eine symbolische Versöhnung. Ich bitte Sie zugleich eindringlich um Ihr Engagement, so dass die alten Fehler nicht wiederholt werden. Wir werden ganz sicher unser bestes tun.

Vielen herzlichen Dank

Hiroshima – Der Mahnruf des missachteten Gewissens

von Horst-Eberhard Richter

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, zunächst bedanke ich mich dafür, dass Sie mir als Vertreter der Internationalen Friedensärzte IPPNW Gelegenheit geben, hier in Potsdam, wo der amerikanische Präsident Truman 1945 die Atombomben-Abwürfe über Hiroshima und Nagasaki befahl, an dieses Ereignis und die dadurch ausgelöste permanente Weltgefahr und deren Konsequenzen für uns zu erinnern.

Als Psychiater und Psychoanalytiker halte ich es für gerechtfertigt, die weitgehende Auslöschung des Bewusstseins dieser Gefahr als eine regelrechte psychische Krankheit zu bezeichnen. Denn wie anders kann man es einschätzen, dass es ringsum schweigend hingenommen wird, dass die westliche Führungsmacht offen ihre Bereitschaft erklärt, die eigene nukleare Überlegenheit gegebenenfalls mit einem atomaren Präventivschlag zu verteidigen? Und was anderes ist es als eine Perversion, wenn Menschen sich gegen eigene Verständigungs- und Versöhnungsunfähigkeit durch atomare Einschüchterung versichern wollen?

Dass Albert Einstein einen großen Fehler beging, als er am 2. August 1939 Präsident Roosevelt die Genehmigung der Experimente empfahl, die zum Bau der ersten Atombombe führten hat er später gegenüber Linus Pauling selbst offen zugegeben. Einer unsicheren Information hatte er den falschen Verdacht entnommen, die Deutschen träfen bereits Vorkehrungen zu einem eigenen Atomwaffenbau. Dabei nannte Einstein den Namen des Physikers Carl Friedrich von Weizsäcker, Bruder unseres Ex-Bundespräsidenten. Aber jener Weizsäcker plante gar nicht, was ihm unterstellt wurde, und initiierte nach dem Krieg sogar die berühmte Göttinger Erklärung der Atomrüstungsgegner. So fiel die Entscheidung für die Bombe nach einem wohlbekannten Muster: Ich will eine Sache eigentlich gar nicht, weil ich sie für zu gefährlich halte. Aber wenn ich sie nicht mache, kommt mir der Gegner zuvor. Und eine Atombombe in den Händen Hitlers war ja in der Tat eine Horrorvorstellung.¹⁾

Erwähnung in diesem Zusammenhang verdient ein anderer fast vergessener Göttinger Physiker und Nobelpreisträger, nämlich James Franck. Er war als Jude nach Hitlers Machtantritt emigriert und hatte sich dem „Manhattan Project“ in den USA unter dem ausdrücklichen Vorbehalt angeschlossen, dass er im Falle des Gelingens des Projektes das Recht haben werde, den höchsten Stellen Bedenken gegen die Anwendung der Bombe vorzutragen. So verfasste er im Frühjahr 1945 ein von vier anderen Wissenschaftlern mit unterzeichnetes Memorandum, den so genannten *Franck-Report*. Darin warnte er entschieden vor der Anwendung der Bombe und schrieb wörtlich: *„Wenn die Vereinigten Staaten die ersten wären, die dieses neue Mittel zur Zerstörung der Menschheit anwendeten, würden sie jeden öffentlichen Beistand in der Welt verlieren, das Wettrüsten heraufbeschwören und die Möglichkeit beeinträchtigen, ein Internationales Abkommen zur zukünftigen Kontrolle dieser Waffen zu erreichen.“*

Am 12. Juni 1945 wurde der Report dem stellvertretenden US-Verteidigungsminister Harrison in Washington übergeben. Aber die Regierung ignorierte die Warnung und hielt sie unter Verschluss. Acht Wochen später fiel die Bombe – mit den Folgen, vor denen Franck gewarnt hatte und die uns bis heute ungemindert bedrücken.

1962 kommt es vor Cuba zu dem Beinahe-Atomkrieg. Nach Einschätzung des Ex-Kommandeurs der US-Nuklearstreitkräfte General Butler ist damals ein atomarer Holocaust weniger durch menschliche Besonnenheit als durch göttliche Fügung verhütet worden. 1968 wird endlich der Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, der die Signatarstaaten in Artikel VI zu Verhandlungen mit dem Ziel einer vollständigen nuklearen Abrüstung unter internationaler Kontrolle verpflichtet.

1970 tritt der Vertrag in Kraft. Aber die USA weigern sich, ihn zu ratifizieren und erklären auf der Überprüfungskonferenz 2005 in New York ihre definitive Zurücknahme ihrer Zusage zu den ge-

meinsam beschlossenen Abrüstungsverhandlungen. Am Rande der Konferenz müssen sich die Vertreter Amerikas allerdings eine Rede ihres Ex-Verteidigungsministers Robert McNamara gefallen lassen, in der dieser rundheraus erklärt: *„Die derzeitige US-Nuklearpolitik ist unmoralisch, illegal, militärisch sinnlos und gefährlich. Die Bush-Regierung hat signalisiert, dass sie das Kernwaffenarsenal als eine Hauptstütze ihrer militärischen Macht erhalten will – eine Festlegung, mit der internationale Normen unterhöhlt werden.“*

Aber die Unterhöhung internationaler Normen wird ohnehin mehr und mehr zum geläufigen Usus. Verträge werden gebrochen, wenn sie unbequem werden. Die UN bekommen am Vorabend des Irak-Krieges gesagt, sie hätten selbst Schuld, wenn sie zusehen müssten, dass der Krieg ohne ihren Segen stattfinden werde. Der engagierte greise Physik-Nobelpreisträger Alfred Kastler stimmte mir zu, als ich schrieb, alle rechtlichen Abkommen zur Bändigung der atomaren Gefahr würden sich als unwirksam erweisen, sollte es misslingen, im öffentlichen Bewusstsein einen Wandel herbeizuführen. Beide waren wir darin einig, dass es entscheidend darauf ankomme, in der Gesellschaft einerseits den Abscheu vor der unermesslichen Grausamkeit eines Nuklearkrieges neu zu erwecken, andererseits die Zuversicht in die Kräfte der Menschlichkeit zu stärken, die z. B. einst durch Willy Brandt und Nelson Mandela, auch durch Gorbatschow einer echten Friedenspolitik den Boden bereitet hatten.

Der japanische buddhistische Philosoph Daisaku Ikeda sieht uns klar vor die Wahl gestellt, entweder doch noch unserer eigenen Kraft zu Menschlichkeit und zu gewaltfreier Verständigung oder resignierend den Atomwaffen zu vertrauen. Im letzteren Falle würden wir in einer argwöhnischen Verfolgungsmentalität, also in einem reinen „Anti“ erstarren, anstatt uns zu einem „Pro“ zu ermutigen, d.h. zu einer zuversichtlicheren Arbeit an einer „Kultur des Friedens“. Hiroshima und Nagasaki waren seinerzeit erst möglich, als es der Propaganda gelungen war, den Abscheu vor der Bombe auf die Japaner umzulenken, die in den Medien als Tiere, als Affen oder Ratten verhöhnt wurden. Zusätzlich versicherte man sich des allerhöchsten Beistandes, indem man das für Hiroshima präparierte Bombenflugzeug christlich einsegnen ließ. Der Philosoph Günther Anders nannte diesen Akt *„den erschreckendsten Miss-*

brauch, der in der christlichen Ära je geschehen, ohne dass die Gläubigen ihrem Christentum in dieser Situation zu Hilfe gesprungen wären“.

Immerhin gelang es der Propaganda zumindest vorläufig, die Vernichtung von 200.000 und die Strahlenschädigung von weiteren 300.000 Menschen zu einem gottgefälligen Heldenstück umzudeuten. Aber als man zum 50. Jahrestag von Hiroshima eine große Erinnerungsausstellung in Washington schon weitgehend vorbereitet hatte, kam es zuletzt doch noch zu einem Verbot aus Sorge, die Bilder des Schreckens könnten das Denkmal einer patriotischen Ruhmestat in die Dokumentation einer nationalen Schande verwandeln. Die Angst bewies: Das menschliche Gewissen lässt sich vorübergehend betäuben, aber nicht dauerhaft bestechen. Max Born, Physiknobelpreisträger, schrieb in einem Nachsatz zu einem Brief an seinen Freund Einstein: *„Ich bin sicher, dass die Menschheit dem Untergang entgegengeht, wenn nicht der gefühlsmäßige Abscheu vor Gräueltaten ... die Oberhand gewinnt.“*

Liebe Freundinnen und Freunde, wir Internationalen Friedensärztinnen und Ärzte sehen unsere besondere Aufgabe darin, eben diesen Abscheu vor den voraussehbaren Gräueln wach zu halten, die in den Nuklearwaffen-Arsenalen zur Entfesselung bereitliegen. Momentan befinden sich 2.000 amerikanische Sprengköpfe auf Hair-Trigger-Alarmstufe, d.h., sie können nach einem Alarm binnen 15 Minuten abgeschossen werden. Das hat Ex-Kriegsminister Robert McNamara bekannt gemacht. Aber wir wissen nicht, auf welche Ziele die Raketen eingerichtet sind. 15 Minuten bis zu einer Weltkatastrophe. Und im Irak starben bisher Zehntausende in einem Krieg oder in der Folge eines Krieges wegen einer atomaren Bedrohung, die gar nicht da war. Und dem Iran wird mit einer militärischen Option gedroht, obwohl dieses Land, wenn es die Bombe bauen wollte, was es bestreitet, dazu noch etwa 10 Jahre benötigen würde. Und auf der anderen Seite sind es 15 Minuten, genau genommen ist es jeder Augenblick, in dem die Bedrohung präsent ist. Und bedenken wir: Einschüchterung ist nur glaubhaft, wenn man entschlossen ist, die Bedrohung gegebenenfalls wahr zu machen. Sie enthält einen Selbstzwang zum Handeln. Andrej Sacharow, Erfinder der russischen Wasserstoffbombe, mit dem ich in einem kleinen Kreis von

internationalen wissenschaftlichen Abrüstungsaktivisten wiederholt zusammensaß, lehrte uns, uns unermüdlich für das primäre Menschenrecht einzusetzen, nicht unter permanenter Androhung eines nuklearen Völkermordes leben zu müssen. Also gilt es, aus der verbreiteten Passivität zu erwachen. 90 % der Deutschen wünschen nach Umfragen, dass zunächst die 150 amerikanischen Atombomben verschwinden, die auf deutschem Boden widerrechtlich gelagert sind. Und ebenso viele votieren für eine vollständige internationale nukleare Abrüstung. Aber der Heilungswille, von dem ich sprach, verlangt mehr als die unverbindliche Äußerung von Wünschen. Für einen Protestmarsch zum US Atomlager Ramstein 2003 verwendeten wir die Losung: *Stillhalten ist*

tödlich! Ich denke, sie passt weiterhin. Meine Damen und Herren, ich möchte mit einem Wort des von mir verehrten Robert McNamara schließen, mit dem ich in einem kleinen internationalen Friedenskreis um Michael Gorbatschow persönlich eine Weile zusammenarbeiten durfte. Er ist gerade 90 geworden. Am Ende seiner Autobiographie schreibt er:

„Wenn wir es endlich wagen, aus den Denkschemata auszubrechen, die die Nuklearstrategie der Atomkräfte seit über vier Jahrzehnten bestimmen, kann es meiner Ansicht nach gelingen, den ‚Geist in die Flasche zurückzubannen‘. Tun wir es nicht, besteht die immense Gefahr, dass das 21. Jahrhundert eine atomare Tragödie erleben wird.“

¹⁾ Hierzu ist anzumerken: Daß Horst-Eberhard Richter an diese Legende noch glaubt, ist wirklich eine Überraschung und vielleicht Symptom für ein Generationenproblem in der Friedensbewegung. Spätestens seit Erscheinen der Farm-Hall-Protokolle 1992, etwas früher schon von Robert Jungk (im Vorwort zu Mark Walkers „Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe“), wissen wir, daß die Legende nicht der Wirklichkeit entspricht. Eine deutsche Ausgabe der Farm-Hall-Protokolle mit einem lesenswerten v. Weizsäcker-Interview am Schluß hat Dieter Hoffman 1993 herausgegeben. In dem Interview löst der Held die Legende selbst auf.

–red.

Die Rede von Horst-Eberhard Richter wurde von ihm auf einer Diskussionsveranstaltung zum Thema ‚Hiroshimaplatz im Potsdam‘ am 15. Juni 2006 im Saal des Filmmuseums Potsdam gehalten.

Braucht Deutschland Atombomben?

Auszug aus einem Interview mit Verteidigungsminister a. D. Rupert Scholz

„Das heißt konkret: Wir brauchen von unseren Partnern und der NATO bindende Zusagen, daß sie Deutschland auch vor einer nuklearen terroristischen Bedrohung oder Erpressung mit dem Einsatz von Atomwaffen schützen. Wenn solche Zusagen nicht erreichbar sein sollten – dazu müßte gegebenenfalls auch die Nato-Doktrin in entsprechend klarstellendem Sinne geändert werden – ,müssen wir die Frage ernsthaft diskutieren, wie wir auf eine nukleare Bedrohung durch einen Terrorstaat angemessen, im Notfall also sogar mit eigenen Atomwaffen, reagieren können.“

Quelle: BILD-Zeitung vom 25.01.2006/bild.t-online.de

Option Atomwaffeneinsatz

aus: n-tv.de vom Donnerstag, 19. Januar 2006

Chiracs Säbelrasseln

Der französische Staatschef Jacques Chirac hat Staaten, "die gegen uns auf terroristische Mittel zurückgreifen", mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht. Auch "die Garantie unserer strategischen Versorgung und die Verteidigung verbündeter Staaten" könnten zu den Interessen zählen, die den Einsatz von Kernwaffen rechtfertigen, sagte Chirac am Donnerstag auf dem Atom-U-Boot-Stützpunkt Ile Longue in der Bretagne. Gegen welche Staaten sich diese Atomwaffenstrategie richten könnte, sagte er nicht. Es wurde aber deutlich, dass Iran gemeint sein könnte. Die westlichen Staaten hegen die Befürchtung, die Islamische Republik Iran könnte Atomwaffen bauen und damit Israel bedrohen. "Die Führer von Staaten, die gegen uns auf terroristische Mittel zurückgreifen, sowie alle, die in der einen oder anderen Weise den Einsatz von Massenvernichtungswaffen erwägen", müssten mit einer "angepassten" Antwort Frankreichs rechnen, erklärte Chirac. Diese Antwort würde sich nicht auf konventionelle Waffen beschränken. Zu den vorrangigen Aufgaben zähle der Kampf gegen den Terrorismus. Nicht vergessen dürfe man aber "die Versuchung gewisser Staaten, sich unter Bruch der Verträge mit Atomwaffen auszustatten", sagte Chirac. "Unsere Welt wird vom Auftauchen von Machtansprüchen geprägt, die auf dem Besitz atomarer, biologischer oder chemischer Waffen beruhen." In zahlreichen Ländern verbreiteten sich radikale Vorstellungen, "die die Konfrontation der Zivilisationen, Kulturen und Religionen predigen", sagte Chirac. Fanatismus und Intoleranz führten "zu allem Wahnsinn". Die Teilung der Rohstoffe, die Verteilung der Ressourcen und die demographische Entwicklung könnten "Ursache der Instabilität sein, vor allem, wenn von einem Anstieg der Nationalismen begleitet". Das Atomwaffenarsenal sei so beschaffen, dass Paris "flexibel" auf eine Bedrohung antworten könne. "Gegen eine Regionalmacht haben wir nicht nur die Wahl zwischen Untätigkeit und Vernichtung", sagte er. Mit seiner Rede definierte Chirac die französische Doktrin der Abschreckung neu. Bisher behielt sich Frankreich

den Einsatz von Kernwaffen nur für den Fall einer Bedrohung seiner territorialen Integrität, seiner Bevölkerung und Souveränität vor. Jetzt erklärte Chirac, der Präsident müsse auch "das Ausmaß der potenziellen Konsequenzen einer Bedrohung" oder "unerträglichen Erpressung" auf die strategische Versorgung und Verbündete prüfen. Diese könnten "in das Feld unserer vitalen Interessen" fallen. In so einem Fall könnte der Rückgriff auf Atomwaffen gerechtfertigt sein.

Frankreich gibt 3,5 Milliarden Euro jährlich für die atomare Abschreckung aus. Das entspricht einem Zehntel des Verteidigungsetats. Kurz nach seinem Amtsantritt im Jahr 1995 hatte Chirac eine Serie von Atomwaffentests unter den Südsee-Atollen Mururoa und Fangataufa angeordnet. Nach weltweiter Kritik hatte Frankreich Anfang 1996 ein Ende der Atomtests erklärt. Die gegen Mitteleuropa gerichteten verbunkerten Mittelstreckenraketen hatte Paris nach dem Ende des Kalten Krieges abgeschafft. Zudem verzichtete Paris auf die Hades-Rakete und verringerte die Zahl der Atomraketen tragenden U-Boote von sechs auf vier. Frankreich besitzt aber weiter Hunderte von Atomsprenköpfen und modernisiert seine Flotte strategischer U-Boote. ¹⁾

Distanzierte Reaktionen in Deutschland

Die Bundesregierung wollte sich zu Chiracs Ankündigung zunächst nicht äußern. Die Koalitionsparteien gingen allerdings auf Distanz. Unionsfraktionsvizechef Andreas Schockenhoff glaubt nicht, dass der Vorstoß von Chirac ein geeignetes Instrument ist, den Druck auf Iran zu erhöhen. SPD-Vizefraktionsvorsitzende Walter Kolbow sagte, nach tiefer Überzeugung der SPD könnten Atomwaffen nicht zur Reaktion auf terroristische Angriffe gehören. Die Grünen forderten die Bundesregierung auf, von Chirac die Rücknahme seiner Drohung zu verlangen.

BND: Iran kurz vor Atombombe

Der BND rechnet nach Angaben aus Regierungskreisen damit, dass der Iran frühestens 2009 oder 2010 über eine Atombombe verfügen könnte. "Unsere Leute gehen von einem Szenario

von mindestens drei bis vier Jahren aus. Auch unsere Verbündeten in Tel Aviv und in den USA glauben, dass es noch einige Jahre dauern wird", sagte ein mit Informationen des BND vertrauter Regierungsmitarbeiter am Donnerstag. BND-Chef Ernst Uhrlau sagte nach Angaben von Teilnehmern am Mittwoch vor dem Auswärtigen Ausschuss des Bundestags, es gebe Indizien für eine kleine geheime Urananreicherung im Iran. Das sei eine Erkenntnis der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA, gab der Abgeordnete Norman Paech von der Linkspartei Uhrlaus Äußerungen wieder. Belege für die Existenz einer ausschließlich der Produktion von Atomwaffen dienenden Einrichtung gebe es nicht.

Iran und Syrien haben angesichts des internationalen Drucks ihren Zusammenhalt betont. Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad traf am Donnerstag zu einem zweitägigen Besuch in Damaskus ein. Assad sagte: "Wir haben Iran erklärt, dass wir sein Recht auf Nutzung von

Atomenergie zu friedlichen Zwecken unterstützen."

Ringens hinter den Kulissen

Im Tauziehen um das iranische Atomprogramm hat Chinas Außenminister Li Zhaoxing mit seinem iranischen Amtskollegen Manuchehr Mottaki telefoniert. Nach Pekinger Angaben hat Li Zhaoxing die chinesische Position in dem Streit dargelegt. Allerdings seien die Verhandlungen mit Teheran auf Schwierigkeiten gestoßen. Doch sei eine Lösung auf diplomatischem Wege die richtige Option. China hoffe, dass alle Beteiligten sich zurückhielten und Geduld zeigten. In Moskau warb der französische Außenminister Philippe Douste-Blazy für die Einbeziehung des Weltsicherheitsrates in den Konflikt um das iranische Atomprogramm geworben. Er traf mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow zusammen.²⁾

Quellen: <http://www.n-tv.de/624660.html>

1) 09.02.2006 11:18:53 <http://www.n-tv.de/624660.html?tpl=druck>

2) 09.02.2006 11:18:53 <http://www.n-tv.de/624660.html?tpl=druck>

Motive der Konfliktparteien im Iran-Atomkonflikt

Das Scheitern der EU-Diplomatie und Alternativen zu einem neuen Krieg

Von Mohssen Massarrat

Einleitung

Der Iran-Atomkonflikt wird in der öffentlichen Debatte überwiegend darauf zurückgeführt, dass das iranische Atomprogramm nicht nur energiepolitische Ziele, sondern auch militärische Ziele verfolgt und dass die „internationale Gemeinschaft“ aus Sorge um die Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen Iran zu einer Änderung seiner Atompolitik bewegen will.

In der Logik dieser Konfliktbeschreibung liegen

Position, die inzwischen leider in Europa und in Deutschland zur Mainstream-Position geworden ist, ist empirisch einseitig und unterschlägt die vielschichtigen Motive und Interessenlagen auf beiden Seiten des Konflikts.

Der Iran verfolgt mit seinem Atomprogramm energiepolitische, sicherheitspolitische sowie wirtschafts- und technologiepolitische Ziele mit national-symbolischer Bedeutung.

Der Westen verfolgt dagegen einerseits das Ziel zu verhindern, dass der Iran eine regionale Atommacht wird. Andererseits kristallisiert sich auch immer deutlicher heraus, dass sich hinter dem Vorwand der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen eine Strategie der flächendeckenden Weiterverbreitung von Atomenergie und handfeste Interessen der internationalen, vor allem der US-amerikanischen Nuklearindustrie verbirgt.

Im Folgenden sollen zunächst die Motive und Interessen beider Seiten näher erläutert und dann Alternativen zum Gewalteinsatz und Krieg skizziert werden.

1. Energie- und nukleartechnologische Motive

Das iranische Energieministerium prognostiziert bis 2025 den Bedarf einer Kraftwerkskapazität von 100.000 Megawatt, die gegenwärtige Kapazität beträgt ca. 40.000 MW. Dieser Bedarf wird mit steigender Bevölkerungszahl und wachsendem Lebensstandard begründet. Zur Deckung des wachsenden Strombedarfs seien – so die

auch Schlussfolgerungen, die einen Gewalteinsatz als Mittel zur Konfliktlösung legitimieren: „Sollte Teheran nicht zu mehr Flexibilität bereit sein“, so Oliver Thränert von der Stiftung Wissenschaft und Politik „dürfte es kaum eine andere Möglichkeit geben, als zu versuchen, durch Beschlussfassung des UN-Sicherheitsrates Iran auch mit nicht-kooperativen Mitteln von seinen allem Anschein nach bestehenden Absichten, sich eine Atomwaffenoption zu verschaffen, abzubringen.“ Diese die Anwendung von nicht-kooperativen Mitteln, letztlich einen neuen Krieg befürwortende

iranische Regierung - demzufolge 15 – 20 Atomkraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 20.000 MW erforderlich. Anderenfalls wäre der Iran gezwungen, bald die gesamte Öl- und Gasproduktion für den einheimischen Verbrauch einzusetzen (gegenwärtig beträgt dieser Anteil 40%), mit der Folge, dass seine Deviseneinnahmen auf Null sinken würden. Diese doch beträchtliche nukleare Kraftwerkskapazität setze – so Teheran – einen eigenständigen iranischen Brennstoffkreislauf, d.h. die Herstellung von yellow cake, die Erzeugung des gasförmigen Uranhexafluorid (UF₆) und schließlich die Urananreicherung auf 3% voraus. Nur so könne langfristig die eigene energiepolitische Unabhängigkeit und Sicherheit garantiert werden. Mit einer ähnlichen Argumentation schuf 1975 das mit den USA verbündete Schah-Regime - seinerzeit mit Zustimmung und Unterstützung von USA und Europa - das iranische Atomprogramm, das schon damals den vollständigen Brennstoffkreislauf einschloss. 1981 - also nach der islamischen Revolution, die 1979 stattfand - beschloss die neue islamische Führung, das nukleare Programm des alten Regimes weiterzuführen. Inzwischen sind ca. 4.000 hoch dotierte Ingenieure und Wissenschaftler in der iranischen Nuklearindustrie beschäftigt, die - ganz in Übereinstimmung mit der Propaganda der europäisch-amerikanischen Nuklearindustrie - den Atomstrom als die einzige Alternative zu erschöpfbaren fossilen Energiequellen erklären und dafür plädieren, die Atomenergie zum zweiten Standbein der iranischen Energieversorgung zu machen. Die Prognosen zum Strombedarf

entsprechen den Wünschen iranischer Atomenergieexperten, die genauso willkürlich und unbegründet sind wie die Strombedarfsprognosen der deutschen Atomindustrie vor 30 Jahren. Erstens werden in dieser Prognose die technologischen Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz und Absenkung des Bedarfs in großem Umfang nicht berücksichtigt. Zweitens wird die Perspektive der Nutzung von regenerativen Energiequellen, deren Potentiale im Iran beträchtlich sind, als Alternative zur Nuklearenergie und ein zweites Standbein neben den fossilen Energiequellen systematisch ausgeblendet.

Die USA und die EU haben bisher weder die iranischen Strombedarfsprognosen, und damit die angepeilte nukleare Kraftwerkskapazität in Frage gestellt noch von sich aus die Alternative regenerativer Energietechnologien für Irans Energiequellen reduzieren, aber nicht um den Preis einer neuen energiepolitischen Abhängigkeit, und dazu noch einer Abhängigkeit vom Ausland bzw. von Staaten, die uns nicht freundlich gesinnt sind“. Tatsächlich wäre der Iran dadurch jederzeit erpressbar und seine kostspieligen Atomanlagen wären im Konfliktfall keinen Pfifferling mehr wert. Teheran wirft den USA und der EU vor, unter dem Vorwand der Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen die Weiterverbreitung und den flächendeckenden Export von Atomkraftwerken abzusichern und entgegen den Bestimmungen des Atomsperrvertrages (NPT) zwei Klassen von Staaten mit unterschiedlichen Rechten schaffen zu wollen.

Präzedenzfall Iran

Die Annahme ist durchaus nicht abwegig, dass im Süden eine von der internationalen Nuklearindustrie, hauptsächlich der US-Nuklearindustrie, abhängige Energieversorgung etabliert werden soll. Angesichts der weltweit steigenden Energienachfrage, der sinkenden fossilen Energieresourcen und der Notwendigkeit zur Reduktion von CO₂ rechnet die internationale Nuklearindustrie mit einer Renaissance der Atomkraftwerke, zumal vor allem die US-Nuklearindustrie Prototypen von Mini-AKW's entwickelte, die auch in ländlichen Gebieten dezentral installiert werden könnten. Doch diese langfristig angelegte Strategie der Weiterverbreitung von Atomenergie erfordert gleichzeitig eine überzeugende neue Strategie der Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen, zumal NPT sich dazu als lückenhaft erwiesen hat. In diesem Kontext ist es naheliegend, durch Iran notfalls auch mittels Gewalt Einsatz

gieversorgung ins Spiel gebracht. Ganz im Gegenteil erklärte sich die EU in ihrem Angebot vom 8. August 2005 bereit, Iran beim massiven Ausbau der Atomenergie zu unterstützen, allerdings mit der nicht verhandelbaren Bedingung eines dauerhaften iranischen Verzichts auf Urananreicherung. Diese Bedingung liefe aus iranischer Sicht jedoch darauf hinaus, die für die Sicherheit der Energieversorgung sensibelste Stufe der nuklearen Energieerzeugung ins Ausland zu verlagern und sich in eine dauerhafte Abhängigkeit zu begeben.

Alle Fraktionen der iranischen Elite lehnen dieses Ansinnen mit einem durchaus einsichtigen Argument rundweg ab: „Wir wollen“, so die überwiegende Ansicht der Regierung und des Parlaments „die Abhängigkeit von eigenen fossilen Energie

den Präzedenzfall für zwei Klassen von Staaten mit unterschiedlichen Rechten zu schaffen: Erstens die Industriestaaten, allen voran die USA, mit allen rechtlichen Möglichkeiten der AKW-Produktion und weltweiten Exports. Und zweitens die Länder des Südens, denen die Rolle zugewiesen wird, die AKW's importieren zu dürfen, im übrigen aber von fremder Brennstoffversorgung, und damit der Nuklearindustrie der Industrieländer de facto langfristig abhängig zu werden. Für diese Annahme spricht, dass im 35-seitigen EU-Angebot an den Iran die Handschrift der internationalen Nuklearindustrie nicht zu übersehen ist.

Die drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich und England vermieden es in diesem Angebot konsequent, dem Iran zur Deckung der Bedarfslücke anstelle von Atomtechnik als zweites Standbein regenerative Energietechnologien anzubieten, obwohl ein derartiges Angebot dem Unabhängigkeitsargument der iranischen Seite Rechnung tragen und dem iranischen Atomprogramm auf glaubwürdige Weise die energiepolitische Legitimation entziehen würde. Es ist jedenfalls unbegreiflich, warum ausgerechnet der grüne Außenminister und die rot-grüne Bundesregierung es versäumt haben, die regenerative Energiealternative wenigstens ins Spiel zu bringen, zumal nur diese Alternative auch die sicherste Garantie dafür darstellt, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern. Indem die drei EU-Staaten diese Alternative bisher an keiner Stelle auch nur erwähnen und ausschließlich die Atomenergie in den Vordergrund stellen, setzen sie sich dem Verdacht aus, den Iran-Konflikt für die Sanierung

der internationalen Nuklearindustrie instrumentalisieren zu wollen.

2. Das sicherheitspolitische Motiv

Der Iran ist eine regionale Mittelmacht, sicherheitspolitisch aber der militärischen Überlegenheit seiner strategischen Hauptgegner, nämlich der Hegemonialmacht USA und dem Ministaat Israel gleichermaßen, hoffnungslos ausgeliefert. Nicht nur die gegenwärtige islamische Regierung, sondern auch eine demokratisch säkulare Regierung wird sich mit dem bestehenden „Sicherheitsdilemma“ nicht abfinden. Irans Nachbarstaaten Pakistan und Russland sind Atomstaaten, Israels Atomwaffen (200-300 Atomsprenköpfe und alle dazu erforderlichen Trägersysteme) stellen für den Iran eine aktuelle Bedrohung dar. Hinzu kommt die militärische Einkreisung Irans durch die USA von allen vier Himmeln um die Herstellung der Balance of Power und eines Gleichgewichts des Schreckens, getreu den international immer noch vorherrschenden sicherheitspolitischen Doktrinen.

Israel ist dagegen entschlossen, die atomare Vormachtstellung im Mittleren und Nahen Osten unter keinen Umständen aus der Hand zu geben und gegnerische Nuklearprojekte, wie 1981 in Irak, präventiv zu zerstören. Schenkt man einer informativen Spiegel-Titelgeschichte Glauben, stand Israel tatsächlich auch bereits zwei Mal kurz davor, Atombomben gegen arabische Nachbarn einzusetzen: 1973 im Yom-Kippur-Krieg und 1982 zu Beginn des Libanonkrieges.

Die USA und offensichtlich auch die EU wollen, dass Israel seine atomar gestützte militärische Vormachtstellung behält. „Viele Menschen begreifen nicht hinreichend“, sagte Joschka Fischer als deutscher Außenminister in einem Zeit-Interview „warum Israel eine Position der militärischen Überlegenheit braucht.“ Wer aber von Israels militärischer Stärke spricht, der meint natürlich auch dessen Atomwaffenarsenal und nimmt wissend oder nicht wissend unweigerlich auch in Kauf, dass Israel gegebenenfalls davon Gebrauch macht. Als moralische Rechtfertigung dafür wird auf das Existenzrecht des jüdischen Staates und auf die Rhetorik führender Politiker der Region, wie jüngst die inakzeptable Äußerung des iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad „der Schandfleck wird ohne Zweifel aus dem Schoß der islamischen Welt verschwinden“, hingewiesen. Das Monopol an Atomwaffen macht Israel einerseits militärisch unangreifbar,

melsrichtungen. Die EU ignorierte in ihrem Angebot Ende August diese Realität völlig. Ihr Angebot, auf eine Bedrohung Irans mit britischen und französischen Atomwaffen zu verzichten, ist ein Hohn und eine Beleidigung für die Intelligenz des iranischen Militärs und der Sicherheitsberater. Obgleich die iranische Regierung wohlweislich jegliches Junktim zwischen ihrem Atomprogramm und dem Sicherheitsdilemma vermeidet, ist nicht von der Hand zu weisen, dass Irans Militär auf die Atomwaffenoption drängt. Der geplante Schwerwasserreaktor in der Nähe der Stadt Arak, der für die Produktion von waffenfähigem Plutonium geeignet ist, sowie das Programm zum Ausbau von Trägerraketen lassen auf die Absicht schließen, sich die technologischen und wissenschaftlichen Kapazitäten für die militärische Option zu verschaffen. Dabei geht es

es bedroht gleichzeitig aber alle anderen Staaten in der Region und zwingt diese dazu, sich ebenfalls Atomwaffen zu beschaffen. Dadurch wird Israels Bevölkerung zur Geisel einer permanenten Angst und Unsicherheit, dass es irgendeinem Staat der Region doch noch gelingen könnte, den jüdischen Staat mit Atomwaffen oder anderen Massenvernichtungswaffen zu bedrohen. Aus dieser Perspektive sind Israels Atomwaffen die schlechteste aller Optionen, um sein Existenzrecht zu garantieren. „Zu viel militärische Macht bringt nicht automatisch mehr Sicherheit, sondern gefährdet sie eher“, lautet der Lehrsatz des neoklassischen Realismus, der vor dem Hintergrund des atomaren Overkills im Ost-West-Konflikt formuliert und als allgemein gültig anerkannt worden ist. Der Verdacht liegt jedoch nahe, es geht den Vereinigten Staaten bei ihrer Mittelost-Politik nicht in erster Linie um die Verteidigung der Existenz Israels, sondern darum, die Existenzängste der israelischen Bevölkerung für eigene geopolitische Ziele in einer der sensibelsten Regionen der Welt zu instrumentalisieren.

Ein Zustand der Unsicherheit, der Instabilität und der permanenten gegenseitigen Bedrohung liefert tatsächlich einen permanenten Grund für Teilnahme, Einmischung und schließlich auch militärische Interventionen, die den eigenen geopolitischen Interessen dienlich sind.

3. Symbolisches Motiv:

Atomprogramm als nationales Projekt Das energiepolitische Motiv Irans deckt sich weitgehend

mit seinem sicherheitspolitischen Motiv. Atomenergieexperten wännen sich im Bündnis mit den Technokraten und der militärischen Elite der islamischen Republik in einem festen Bündnis. Doch es geht um mehr: Es geht um die Mobilisierung aller, auch der regimekritischen Iraner für ein vermeintlich nationales und Identität stiftendes Projekt. Inzwischen ist das Atomprogramm tatsächlich für alle politischen Fraktionen im Iran, für Reformen wie für die Konservativen, auch für die studentische Opposition, die für Demokratie und den säkularen Staat eintritt, zu einem symbolischen nationalen Projekt geworden, an dessen Fundamenten gegenwärtig niemand rütteln kann und will. Selbst Irans ehemaliger Staatspräsident und Reformen Khatami verteidigte das nukleare Projekt, da es „unseren nationalen Interessen, unserer nationalen Ehre, unserer Zukunft entspricht und unser Fortschritt davon abhängt.“ Nationalisierung der iranischen Ölindustrie vor 55 Jahren und dem nuklearen Projekt liegt auf der Hand. Mossadeghs Projekt trug tatsächlich erheblich zum Nationalbewusstsein und zum Souveränitäts- und Freiheitsgefühl im modernen Iran bei. Die kollektive Erinnerung daran, dass es die USA und Großbritannien waren, die vor über einem halben Jahrhundert Mossadeghs Projekt der Nationalisierung des Erdöls gewaltsam zu Fall brachten, bestätigt viele Iraner in der Auffassung, dass es dem Westen auch diesmal darum geht, Irans Souveränität aushebeln zu wollen, und dass so wie damals die eigenständige Ölindustrie nun heute die Schaffung einer eigenständigen Nuklearindustrie im Iran verhindert werden soll. Doch kann das nukleare Projekt seine symbolische Funktion genauso schnell wieder verlieren wie sie entstanden ist. Das nukleare Projekt verschlingt beträchtliche Ressourcen des Landes und ist ökonomisch nicht tragfähig. Es schafft mehr Abhängigkeit und Konflikte, ohne für Irans Energiebedarf einen nennenswerten Beitrag zu leisten.

4. Wie wahrscheinlich ist ein neuer Krieg?

Die islamische Regierung hat sich auf das Recht zur Urananreicherung und die Beherrschung des gesamten Brennstoffkreislaufs festgelegt. Ein Abweichen von diesem Ziel ohne objektive Sicherheitsgarantien zur Überwindung von Irans Sicherheitsdilemma und ohne nachvollziehbare Antworten für die Möglichkeit einer selbstständigen

Noch deutlicher legt sich der konservativ orientierte Teil der iranischen Elite um den neuen iranischen Präsidenten auf das nukleare Projekt fest. „Der nukleare Brennstoffkreislauf“, sagte der neue Chef von Irans Nationalem Sicherheitsrat, Larijani, „ist ein Recht und zugleich auch ein Bedürfnis, ... kein Volk kann am Zugang zu dieser Technologie gehindert werden. Dabei dürfen wir nicht übersehen, Ahmadineschat siegte und übernahm die Macht, weil er die Idee und das Ziel für Iran verfolgte, diese Technologie zu beherrschen und den erreichten Stand zu verteidigen. Er fühlt sich diesem Anliegen nachhaltig verpflichtet. Damit ist dieses Projekt eine nationale Idee und ein nationales Ziel geworden. Es ist ein großer Fehler des Westens, dass er diese allgemein verbreitete Auffassung der Iraner ignoriert.“

Die Parallele zwischen Mossadeghs Projekt der Energieversorgung scheint so gut wie ausgeschlossen zu sein. Einseitige Forderungen ohne seriöse Gegenleistungen, wie das EU-Angebot vom 8. August 2005, sind zum Scheitern verurteilt. Auch die USA bestehen entsprechend der oben dargestellten ökonomischen, sicherheits- und geostrategischen Motive weiterhin auf ihrem Standpunkt, Iran zu einem Verzicht auf Urananreicherung zu zwingen. Die EU-Diplomatie ist gescheitert und befindet sich inzwischen im Schlepptau der amerikanischen Iran-Politik. Auch der russische Vorschlag, die Urananreicherung auf russischem Boden durchzuführen, dürfte an der Absicht Teherans scheitern, sich wegen der Atomstromproduktion nicht vom Ausland abhängig machen zu wollen. Durch die Logik vom scheinbar unauflösbaren Gegensatz zwischen den Konfliktparteien gerät eine weitere Konfliktschärfung - letztlich auch ein Krieg - immer mehr in den Bereich der Wahrscheinlichkeit, und dies trotz der massiven Rückschläge für die USA und die Neokonservativen im Irak. Die US-Regierung glaubt, ohne Bodentruppen und durch die Zerstörung von Irans Atomanlagen aus der Luft die iranische Bedrohung abzuwenden und dabei im Unterschied zum Fall Irak die Weltöffentlichkeit auf ihrer Seite zu haben. Washington verfügt zweifelsohne über detaillierte Planungen für einen Luftangriff gegen iranische Atomanlagen. Seymour Hersh, die Koryphäe im investigativen Journalismus der USA, enthüllte im ebenso renommierten wie vorsichtigen „New Yorker“ Mitte Januar 2005 die Angriffsabsichten der US-Neokonservativen. „Bei meinen Recherchen während

der beiden vergangenen Monate wurde ich allerdings mit viel undiplomatischeren Auffassungen konfrontiert. Die Falken in der Regierung rechnen damit, dass sich schon bald das Scheitern der europäischen Vermittlungsbemühungen mit Teheran herausstellen wird.“ Dann sei der Zeitpunkt gekommen, an dem die US-Regierung zur Tat schreiten müsse. „Wir reden hier nicht über irgendwelche Positionspapiere des Nationalen Sicherheitsrats“, betonte der frühere Spitzenagent. „Über diese Hürde sind die längst hinweg. Es geht nicht mehr darum, ob sie irgendetwas gegen Iran unternehmen. Sie werden es tun.“ (Hersh in: Der Spiegel 4/2005)

Scott Ritter, ehemaliger Irak-UN-Beauftragter, will von der dezidierten Absicht der USA wissen, Iran durch eine Resolution im UN-Sicherheitsrat verpflichten zu wollen, der IAEA sowohl die Kontrolle seiner nuklearen wie auch aller militärischen Einrichtungen zu jedem Zeitpunkt und ohne Voranmeldung zu erlauben. Da jedoch der Iran - wie vorauszusehen ist - eine derart weitreichende Resolution als Angriff auf die eigene Souveränität auffassen und daher zurückweisen würde, fühlte sich die US-Regierung hinreichend legitimiert, mit oder auch ohne Zustimmung des Sicherheitsrates gegen den Iran Krieg zu führen und z. B. Irans nukleare und militärische Anlagen aus der Luft zu bombardieren.

Daniel Ellsberg, der durch die Veröffentlichung von Geheimdokumenten des Pentagons zum Vietnamkrieg zum vorzeitigen Ende des Krieges beitrug, hält es für wahrscheinlich, dass die US-Regierung einen Luftkrieg gegen den Iran unternehmen wird, und zwar zu einer Zeit, die ihr politisch geeignet erscheint. Glaubte man den Aussagen in dem Unternehmenskreisen nahestehenden Magazin „Vertrauliche Mitteilungen aus Politik, Wirtschaft und Geldanlage“, dann hätten US-Unterhändler bereits im Oktober 2005 mit den Vertretern wichtiger Industrienationen und internationaler Finanzinstitutionen Stützungsmaßnahmen für Börsen- und Währungskurse vereinbart, die im Falle eines Krieges gegen den Iran ergriffen werden sollten. Dabei ginge es vor allem darum zu verhindern, dass der US-Dollar seine Funktion als Öl-Leitwährung verliert. "Die Gesprächsteilnehmer wurden instruiert, dass das Eingreifen der USA im März 2006 erforderlich werden könnte. Die Planungen gehen offenbar von einem möglichen Angriff zu diesem Termin aus."

Indizien für eine Art psychologische Kriegsvorbereitung erhärten die Annahme ernsthafter Kriegsabsichten der Vereinigten Staaten. Dazu gehört die systematische Stigmatisierung Irans als unglaubwürdige Konfliktpartei. Die in den neunziger Jahren begangenen Rechtsbrüche werden immer wieder aufgefrischt, obwohl Irans Atomanlagen inzwischen zu den weltweit bestkontrollierten Anlagen gehören. Zu beobachten sind auch die systematischen „Enthüllungen“, die das Unglaubwürdigkeitsstigma festigen sollen. Im November 2005 wurde die Meldung der Entdeckung eines Laptops mit geheimen Details lanciert. Tatsächlich liegt dieser Laptop dem CIA aber bereits seit einem Jahr vor und enthält keineswegs derart hochstilisierte Geheiminformationen. Ein fünfseitiges Dokument mit Zeichnungen zum Bau von Atombomben wurde ebenfalls im November als neue Enthüllung deklariert. Tatsächlich hatte aber der Iran selbst dieses Dokument der IAEA übergeben. Besonders gravierend ist die Umkehrung der Beweislast für den Iran, keine Absicht zum Bau von Atombomben zu hegen. Da jegliche iranische Beteuerung in Zweifel gezogen werden kann, dürfte der Iran immer auf der Anklagebank sitzen. Zu den psychologischen Kriegsvorbereitungen gehören auch die periodisch aufgestellten Behauptungen, der Iran sei für das Chaos im Irak mitverantwortlich, weil er die Terroristen unterstütze und mit der Al Kaida zusammenarbeite.

5. Über die Rolle der EU und Alternativen zu einem neuen Krieg

Die EU-Diplomatie scheiterte nicht nur an Teheran, sondern auch an Washington. Durch die Ablehnung jedweder, für Iran unverzichtbarer Sicherheitsgarantien hatte Washington die EU-Diplomatie in der Hand und ließ sie mit der Absicht, den Fall vor den UN-Sicherheitsrat zu bringen und selbst den weiteren Ablauf in die Hand zu nehmen, scheitern. Den EU-Drei Deutschland, England und Frankreich bleibt jetzt - sofern sie sich aus der Iran-Falle der USA nicht herauslösen - keine andere Wahl, als der US-Taktik im Sicherheitsrat zu folgen und schließlich auch einen Luftkrieg der USA moralisch zu legitimieren. Auch Russland, das sich bisher gegen eine mögliche Resolution des Sicherheitsrates gewandt hat, droht angesichts eines voraussehbaren Scheiterns seiner Initiative das gleiche Schicksal wie der EU, der US-Eskalationsstrategie nichts mehr entgegenzusetzen zu können. Mögliche Alternativen zu

einem drohenden Krieg sind allesamt komplex und erscheinen sogar mehr oder weniger als utopisch. Aber es gibt sie und es kommt darauf an, sie von der visionären auf eine politisch-praktische Ebene zu bringen:

Erstens die multilaterale Kontrolle sämtlicher Atomanlagen in Industrie- und Entwicklungsländern entsprechend des Vorschlags von El Baradei, und damit die völkerrechtliche Gleichstellung aller Staaten. Dieser Weg wäre konsequent und auch ein entscheidender Schritt in Richtung einer weltweiten Abrüstung von Atomwaffen. Allerdings muss damit gerechnet werden, dass kein Atomwaffenstaat sich darauf einlassen wird, und dass damit dieser Weg vorerst keine Antwort auf den Atomkonflikt mit Iran liefert.

Zweitens die multilaterale Kontrolle der Urananreicherungsanlagen Irans und auch anderer Schwellenländer mit einem Atomprogramm auf internationalem Boden, wie vom SIPRI vorgeschlagen worden ist. Auf eine derartige Möglichkeit würden sich der Iran und auch andere Länder nicht einlassen, da sie letztlich dazu führen würde, zwei Klassen von Staaten mit unterschiedlichen Rechten zu schaffen. Die Abhängigkeit vom Ausland bliebe bei dieser Alternative bestehen, eine objektive Sicherheitsgarantie für die dauerhafte Lieferung von nuklearen Brennstäben könnte die UN letztlich nur im Falle eines UN-Gewaltmonopols geben. Andernfalls besteht immer die Möglichkeit, dass die USA oder andere Staaten die Brennstofflieferung militärisch verhindern. Zudem macht dieser Vorschlag den Weg für eine flächendeckende Weiterverbreitung von Atomkraftwerken in den Entwicklungsländern frei. Darüber hinaus gibt dieser Weg keine Antwort auf Irans Sicherheitsdilemma und die Abrüstung im Nahen und Mittleren Osten.

Drittens der Vorstoß zu konkreten Schritten für ein System der gemeinsamen Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten analog zum KSZE-Prozess mit dem Ziel der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in der gesamten Region. Dies ist zwar auch kein einfacher Weg,

aber er verspricht größere Realisierungschancen und ist gleichzeitig auch eine zukunftsfähige Antwort auf viele andere grenzüberschreitende Konfliktfelder, wie z.B. territoriale Streitigkeiten, ethnische Konflikte, grenzüberschreitende Nutzung von Energiequellen und Gewässern etc. Die USA werden sicherlich über einen derartigen Vorstoß nicht gerade glücklich sein. Dagegen ist die Perspektive eines befriedeten Mittleren und Nahen Ostens für Europa in vieler Hinsicht von existenzieller Bedeutung. Auch Russland und China hätten keinen konkreten Anlass dagegen zu sein und dürften einen Vorstoß in diese Richtung wahrscheinlich unterstützen. Die EU ist die einzige politische und moralische Kraft, mit diesem Vorschlag aufzuwarten und ihn mit konkreten Schritten zu koppeln. Dazu gehört die Einberufung einer baldigen regionalen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, die seriös vorbereitet und demnächst durchgeführt werden müsste. Damit wird nicht zuletzt Iran signalisiert, sein Sicherheitsdilemma ernst zu nehmen, so dass auch der Iran sich aller Wahrscheinlichkeit nach bis auf Weiteres zu einem Verzicht auf Urananreicherung bereit erklären könnte. Dieser Vorstoß müsste, um innerhalb von Europa akzeptanzfähig zu sein und auch Israels vermutlich massive Gegnerschaft abzumildern, mit konkreten Vorschlägen sowie unzweifelhaften und objektiven Sicherheitsgarantien für die Existenz Israels z.B. durch die USA und die EU gekoppelt sein. Die EU sollte dem Iran gleichzeitig auch den Vorschlag unterbreiten, ihm regenerative Energietechnologien zu liefern und das Land bei der Etablierung eines zukunftsfähigen und umweltfreundlichen zweiten Standbeins zur Energieversorgung zu unterstützen. Dieser Weg öffnet immerhin ein neues Fenster des Friedens und setzt mit der Perspektive zur Schaffung einer Organisation der regionalen Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (OSZMNO) einen Prozess in Gang, dem sich auf Dauer kein Staat der Region, weder der Iran noch Israel, wird verschließen können.

Mohssen Massarrat ist Professor für Politik und Wirtschaft am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück mit den Forschungsschwerpunkten Mittlerer und Naher Osten, Energie, Friedens- und Konfliktforschung, Nord-Süd-Konflikt.

Motive der Konfliktparteien im Iran-Atomkonflikt

Der Text ist sein Vortrag, gehalten beim 12. Friedenspolitischen Ratschlag am 3./4. Dezember 2005 in der Universität Kassel.

Quelle: attac-gk.net-hh.de/index.php - <http://attac-gk.net-hh.de/index.php?id=559&table=news&full=1> URL: Kommentare und Diskussion zum Thema bitte im attac-Hamburg-Forum

Der Atomwaffensperrvertrag

Redaktion

Seit Monaten ist der Atomwaffensperrvertrag in den Medien, sehr selten jedoch werden konkrete Einzelheiten und der auf nukleare Abrüstung zielende ‚Geist‘ des Vertrages dargelegt. Aus diesem Grund drucken wir hier den Vertragstext ab. Sein Inhalt enthält einen Schlüssel – wenn nicht *den* Schlüssel - zum Verständnis der sich häufenden und zuspitzenden Proliferationskonflikte.

Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen ^{1) 2)}

(1.7.1968)

Die diesen Vertrag schließenden Staaten, im folgenden als "Vertragsparteien" bezeichnet, -
in Anbetracht der Verwüstung, die ein Atomkrieg über die ganze Menschheit bringen würde, und angesichts der hieraus folgenden Notwendigkeit, alle Anstrengungen zur Abwendung der Gefahr eines solchen Krieges zu unternehmen und Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Völker zu ergreifen,

von der Auffassung geleitet, daß die Verbreitung von Kernwaffen die Gefahr eines Atomkrieges ernstlich erhöhen würde,

im Einklang mit Entschließungen der Generalversammlung der Vereinten Nationen, worin der Abschluß einer Übereinkunft zur Verhinderung der weiteren Verbreitung von Kernwaffen gefordert wird,

unter Übernahme der Verpflichtung, zusammenzuarbeiten, um die Anwendung der Sicherungsmaßnahmen der Internationalen Atomenergie-Organisation auf friedliche nukleare Tätigkeiten zu erleichtern,

in dem Willen, Forschung, Entwicklung und sonstige Bemühungen zu unterstützen, die darauf gerichtet sind, im Rahmen des Sicherungssystems der Internationalen Atomenergie-Organisation die Anwendung des Grundsatzes einer wirksamen Sicherungsüberwachung des Flusses von Ausgangs- und besonderem spaltbarem Material zu fördern, und zwar durch Verwendung von Instrumenten und andere technische Verfahren an bestimmten strategischen Punkten,

in Bekräftigung des Grundsatzes, daß die Vorteile der friedlichen Anwendung der Kerntechnik einschließlich aller technologischen Nebenprodukte, die Kernwaffenstaaten gegebenenfalls bei der Entwicklung von Kernsprengkörpern gewinnen, allen Vertragsparteien, gleichviel ob Kernwaffenstaaten oder Nichtkernwaffenstaaten, für friedliche Zwecke zugänglich sein sollen,

in der Überzeugung, daß im Verfolg dieses Grundsatzes alle Vertragsparteien berechtigt sind, an dem weitestmöglichen Austausch wissenschaftlicher Informationen zur Weiterentwicklung der Anwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke teilzunehmen und allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Staaten zu dieser Weiterentwicklung beizutragen,

in der Absicht, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Beendigung des nuklearen Wettrüstens herbeizuführen und auf die nukleare Abrüstung gerichtete wirksame Maßnahmen zu ergreifen,

mit der eindringlichen Empfehlung einer Zusammenarbeit aller Staaten zur Verwirklichung dieses Zieles, eingedenk der in der Präambel des Vertrags von 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser durch dessen Vertragsparteien bekundeten Entschlossenheit, darauf hinzuwirken, daß alle Versuchsexplosionen von Kernwaffen für alle Zeiten eingestellt werden, und auf dieses Ziel gerichtete Verhandlungen fortzusetzen,

in dem Wunsch, die internationale Entspannung zu fördern und das Vertrauen zwischen den Staaten zu stärken, damit die Einstellung der Produktion von Kernwaffen, die Auflösung aller vorhandenen Vorräte an solchen Waffen und die Entfernung der Kernwaffen und ihrer Einsatzmittel aus den nationalen Waffenbeständen auf Grund eines Vertrags über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle erleichtert wird,

eingedenk dessen, daß die Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt unterlassen müssen und daß die Herstellung und Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit unter möglichst geringer Abzweigung menschlicher und wirtschaftlicher Hilfsquellen der Welt für Rüstungszwecke zu fördern ist -
sind wie folgt übereingekommen:

Art. I. Jeder Kernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber an niemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben und einen Nichtkernwaffenstaat weder zu unterstützen noch zu ermutigen noch zu veranlassen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper herzustellen oder sonstwie zu erwerben oder die Verfügungsgewalt darüber zu erlangen.

Art. II. Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper weder herzustellen noch sonstwie zu erwerben und keine Unterstützung zur Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern zu suchen oder anzunehmen.

Art. III ³⁾ (1) Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Sicherungsmaßnahmen anzunehmen, wie sie in einer mit der Internationalen Atomenergie-Organisation nach Maßgabe ihrer Satzung und ihres Sicherungssystems auszuhandelnden und zu schließenden Übereinkunft festgelegt werden, wobei diese Sicherungsmaßnahmen ausschließlich dazu dienen, die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus diesem Vertrag nachzuprüfen, damit verhindert wird, daß Kernenergie von der friedlichen Nutzung abgezweigt und für Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper verwendet wird. Die Verfahren für die nach diesem Artikel erforderlichen Sicherungsmaßnahmen werden in bezug auf Ausgangs- und besonderes spaltbares Material durchgeführt, gleichviel ob es in einer Hauptkernanlage hergestellt, verarbeitet oder verwendet wird oder sich außerhalb einer solchen Anlage befindet. Die nach diesem Artikel erforderlichen Sicherungsmaßnahmen finden Anwendung auf alles Ausgangs- und besondere spaltbare Material bei allen friedlichen Nuklearen Tätigkeiten, die im Hoheitsgebiet dieses Staates, unter seiner Hoheitsgewalt oder Unter seiner Kontrolle an irgendeinem Ort durchgeführt werden.

(2) Jeder Staat der Vertragspartei ist verpflichtet sich a) Ausgangs- und besonderes spaltbares Material oder b) Ausrüstungen und Materialien die eigens für die Verarbeitung, Verwendung oder Herstellung von besonderem spaltbarem Material vorgesehen oder hergerichtet sind einem Nichtkernwaffenstaat für friedliche Zwecke nur dann zur Verfügung zu stellen, wenn das Ausgangs- oder besondere

spaltbare Material den nach diesem Artikel erforderlichen Sicherungsmaßnahmen unterliegt

(3) Die nach diesem Artikel erforderlichen Sicherungsmaßnahmen werden so durchgeführt, daß sie mit Artikel IV in Einklang stehen und keine Behinderung darstellen für die wirtschaftliche und technologische Entwicklung der Vertragsparteien oder für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet friedlicher nuklearer Tätigkeiten, einschließlich des internationalen Austausches

von Kernmaterial und Ausrüstungen für die Verarbeitung, Verwendung oder Herstellung von Kernmaterial für friedliche Zwecke in Übereinstimmung mit diesem Artikel und dem in der Präambel niedergelegten Grundsatz der Sicherheitsüberwachung.

(4) Nichtkernwaffenstaaten, die Vertragspartei sind, schließen entweder einzeln oder gemeinsam mit anderen Staaten nach Maßgabe der Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation Übereinkünfte mit dieser, um den Erfordernissen dieses Artikels nachzukommen. Verhandlungen über derartige Übereinkünfte werden binnen 180 Tagen nach dem ursprünglichen Inkrafttreten dieses Vertrags aufgenommen. Staaten, die ihre Ratifikations- und Beitrittsurkunde nach Ablauf der Frist von 180 Tagen hinterlegen, nehmen Verhandlungen über derartige Übereinkünfte spätestens am Tag der Hinterlegung auf Diese Übereinkünfte treten spätestens achtzehn Monate nach dem Tag des Verhandlungsbeginns in Kraft.

Art. IV. (1) Dieser Vertrag ist nicht so auszulegen, als werde dadurch das unveräußerliche Recht aller Vertragsparteien beeinträchtigt, unter Wahrung der Gleichbehandlung und in Übereinstimmung mit den Artikeln I und II die Erforschung, Erzeugung und Verwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke zu entwickeln.

(2) Alle Vertragsparteien verpflichten sich, den weitestmöglichen Austausch von Ausrüstungen, Material und wissenschaftlichen und technologischen Informationen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erleichtern und sind berechtigt, daran teilzunehmen. Vertragsparteien, die hierzu in der Lage sind, arbeiten ferner zusammen, um allein oder gemeinsam mit anderen Staaten oder internationalen Organisationen zur Weiterentwicklung der Anwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke besonders im Hoheitsgebiet von Nichtkernwaffenstaaten, die Vertragspartei sind, unter gebührender Berücksichtigung der Bedürfnisse der Entwicklungsgebiete der Welt beizutragen.

Art. V. Jede Vertragspartei verpflichtet sich, geeignete Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, daß im Einklang mit diesem Vertrag unter geeigneter internationaler Beobachtung und durch geeignete internationale Verfahren die möglichen Vorteile aus jeglicher friedlichen Anwendung von Kernsprengungen Nichtkernwaffenstaaten, die Vertragspartei sind, auf der Grundlage der Gleichbehandlung zugänglich gemacht werden und daß die diesen Vertragsparteien für die verwendeten Sprengkörper berechneten Gebühren so niedrig wie möglich sind und keine Kosten für Forschung und Entwicklung enthalten. Nichtkernwaffenstaaten, die Vertragspartei sind, können diese Vorteile auf Grund einer oder mehrerer internationaler Sonderübereinkünfte durch eine geeignete internationale Organisation erlangen, in der Nichtkernwaffenstaaten angemessen vertreten sind. Verhandlungen hierüber werden so bald wie möglich nach Inkrafttreten dieses Vertrags aufgenommen. Nichtkernwaffenstaaten, die Vertragspartei sind, können diese Vorteile, wenn sie es wünschen, auch auf Grund zweiseitiger Übereinkünfte erlangen.

Art. VI. Jede Vertragspartei verpflichtet sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.

Art. VII. Dieser Vertrag beeinträchtigt nicht das Recht einer Gruppe von Staaten, regionale Verträge zu schließen, um sicherzustellen, daß ihre Hoheitsgebiete völlig frei von Kernwaffen sind.

Art. VIII. (1) Jede Vertragspartei kann Änderungen dieses Vertrags vorschlagen. Der Wortlaut jedes Änderungsvorschlags wird den Verwahrregierungen übermittelt, die ihn allen Vertragsparteien zuleiten. Daraufhin berufen die Verwahrregierungen auf Antrag von mindestens einem Drittel der Vertragsparteien zur Prüfung des Änderungsvorschlags eine Konferenz ein, zu der sie alle Vertragsparteien einladen.

(2) Jede Änderung dieses Vertrags bedarf der Genehmigung durch Stimmenmehrheit aller Vertragsparteien einschließlich der Stimmen aller Kernwaffenstaaten, die Vertragspartei sind, und aller sonstigen Vertragsparteien, die im Zeitpunkt der Zuleitung des Änderungsvorschlags Mitglied des Gouverneursrats der Internationalen Atomenergie-Organisation sind. Die Änderung tritt für jede Vertragspartei, die ihre Ratifikationsurkunde zu der Änderung hinterlegt hat, in Kraft mit der Hinterlegung von Ratifikationsurkunden durch die Mehrheit aller Vertragsparteien einschließlich der Ratifikationsurkunden aller Kernwaffenstaaten, die Vertragspartei sind, und aller sonstigen Vertragsparteien, die im Zeitpunkt der Zuleitung des Änderungsvorschlags Mitglied des Gouverneursrats der Internationalen Atomenergie-Organisation sind. Danach tritt die Änderung für jede weitere Vertragspartei mit der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde zu der Änderung in Kraft.

(3) Fünf Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Vertrags wird in Genf Schweiz, eine Konferenz der Vertragsparteien zu dem Zweck abgehalten, die Wirkungsweise dieses Vertrags zu überprüfen, um sicherzustellen, daß die Ziele der Präambel und die Bestimmungen des Vertrags verwirklicht werden. Danach kann eine Mehrheit der Vertragsparteien in Abständen von je fünf Jahren die Einberufung weiterer Konferenzen mit demselben Ziel der Überprüfung der Wirkungsweise des Vertrags erreichen, indem sie den Verwahrregierungen einen diesbezüglichen Vorschlag unterbreitet.

Art. IX. (1) Dieser Vertrag liegt für alle Staaten zur Unterzeichnung auf. Jeder Staat, der den Vertrag nicht vor seinem nach Absatz 3 erfolgten Inkrafttreten unterzeichnet, kann ihm jederzeit beitreten.

(2) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten. Die Ratifikations- und die Beitrittsurkunden sind bei den Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland sowie der Vereinigten Staaten von Amerika zu hinterlegen; diese werden hiermit zu Verwahrregierungen bestimmt.

(3) Dieser Vertrag tritt in Kraft, sobald die Staaten, deren Regierungen zu Verwahrern des Vertrags bestimmt worden sind, und vierzig sonstige Unterzeichnerstaaten ihn ratifiziert und ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt ha-

ben. Für die Zwecke dieses Vertrags gilt als Kernwaffenstaat jeder Staat, der vor dem 1. Januar 1967 eine Kernwaffe oder einen sonstigen Kernsprengkörper hergestellt und gezündet hat.

(4) Für Staaten, deren Ratifikations- oder Beitrittsurkunde nach dem Inkrafttreten dieses Vertrags hinterlegt wird, tritt er am Tag der Hinterlegung ihrer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(5) Die Verwahrregierungen unterrichten alle Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten sogleich vom Zeitpunkt jeder Unterzeichnung und jeder Hinterlegung einer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrags und vom Zeitpunkt des Eingangs von Anträgen auf Einberufung einer Konferenz oder von sonstigen Mitteilungen.

(6) Dieser Vertrag wird von den Verwahrregierungen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registriert.

Art. X. (1) Jede Vertragspartei ist in Ausübung ihrer staatlichen Souveränität berechtigt, von diesem Vertrag zurückzutreten, wenn sie entscheidet, daß durch außergewöhnliche mit dem Inhalt

dieses Vertrags zusammenhängende Ereignisse eine Gefährdung der höchsten Interessen ihres Landes eingetreten ist. Sie teilt diesen Rücktritt allen anderen Vertragsparteien sowie dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen drei Monate im voraus mit. Diese Mitteilung hat eine Darlegung der außergewöhnlichen Ereignisse zu enthalten, durch die ihrer Ansicht nach eine Gefährdung ihrer höchsten Interessen eingetreten ist.

(2) Fünfundzwanzig Jahre nach Inkrafttreten dieses Vertrags wird eine Konferenz einberufen, die beschließen soll, ob der Vertrag auf unbegrenzte Zeit in Kraft bleibt oder um eine oder mehrere bestimmte Frist oder Fristen verlängert wird. Dieser Beschluß bedarf der Mehrheit der Vertragsparteien ⁴⁾

Art. XI. Dieser Vertrag, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird in den Archiven der Verwahrregierungen hinterlegt. Diese übermitteln den Regierungen der Unterzeichnerstaaten und der beitretenden Staaten gehörig beglaubigte Abschriften.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diesen Vertrag unterschrieben.
GESCHEHEN in drei Urschriften zu London, Moskau und Washington am 1. Juli 1968.

Anmerkungen:

¹⁾ Aus BGBI. 1974 II S. 786.

²⁾ Internationale Quelle: UNTS Vol. 729 p. 161

³⁾ Ausführung von Art. III Absätze 1 und 4 des Vertrages ist am 5. 4. 1973 ein Verifikationsübereinkommen zwischen den Nichtkernwaffenstaaten der Europäischen Atomgemeinschaft, der Europäischen Atomgemeinschaft und der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) abgeschlossen worden (BGBI. 1974 II S. 795). Zur Verbesserung der Verifikation hat die IAEO 1997 begonnen, Zusatzprotokolle zu den Verifikationsabkommen nach Art. III des Vertrages zu schließen (Internationale Fundstelle des Musterprotokolls: ILM 36 [1997] p. 1236). Bis zum 30. 3. 2004 hatten 82 Staaten ein solches Protokoll unterzeichnet (darunter zuletzt Iran und Libyen), wobei aber nur 39 bereits in Kraft waren. Das Deutschland betreffende Zusatzprotokoll vom 22. 9. 1998 (BGBI. 2000 II 71) ist bislang noch nicht in Kraft getreten.

⁴⁾ Die Vertragsparteien haben am 11. 5. 1995 ohne Abstimmung im Konsens entschieden, daß der Vertrag auf unbegrenzte Zeit in Kraft bleibt; Bekanntmachung vom 13. Oktober 1995, BGBI. 1995 II S. 984.

Quelle: Beck-Texte im DTV. Völkerrechtliche Verträge. 10.,neubearbeitete Auflage Stand April 2004. München 2004.

Biografie Jane Addams

In loser Folge wollen wir im Quarterly die Biographien friedenspolitisch interessanter Personen vorstellen.

Jane Addams war eine US-amerikanische Sozialreformerin, Soziologin, Pazifistin, Frauenrechtlerin und Trägerin des Friedensnobelpreises.

I.e. Laura Jane Addams, geboren in Cedarville, Illinois 6. September 1860 und gestorben in Chicago, Illinois 21. Mai 1935.

Vater: John Huy Addams (1822-1881), Mühlenbesitzer und republikanischer Senator des Staates Illinois (1854-1870)

Mutter: Sarah Weber Addams, geborene Weber (1817-1863), Hausfrau

Geschwister: Mary Catherine Addams (1845-1894); Georgiana Addams (1849-1850); Martha Addams (1850-1867); John Weber Addams (1852-1918); Sarah Alice Addams (1853-1915); Horace Addams (1855-1855); George Weber Addams (1857-1859); (Totgeburt 1863)

Stiefmutter: 1864 Anna Hostetter Haldeman (1828-1919), Hausfrau

Stiefgeschwister: Henry Winfield Haldeman (1848-1905); George Bowman Haldeman (1861-1909); John Haldeman (als Kind gestorben); William Haldeman (als Kind gestorben)

Jane Addams blieb unverheiratet und hatte keine Kinder. Religion: Society of Friends (Quäker)

Lebensweg

6.9.1860

Geboren als achtens von neun Kindern in Cedarville, Illinois. Nach dem Tod der Mutter 1863 mit ihren Geschwistern beim Vater und (seit 1864 auch) ihrer Stiefmutter Anna Hostetter Haldeman aufgewachsen.

1877-1881

Besuch des Rockford Female Seminary in Rockford, Illinois; nachdem das Seminary zu einem College geworden war 1882 B.A.

1881-1887

Besuch des Women's College in Philadelphia, Pennsylvania, um Medizin zu studieren. Zeit häufiger Krankheiten, vor allem Depressionen, und massiver Unruhezustände.

1883-1885

Erste Europareise.

1887-1889

Zweite Europareise. Studierte unter anderem die

Slums in europäischen Großstädten. 1888 kam ihr in Spanien die Idee, ein Haus für Unterprivilegierte zu errichten; lernte 1888 die 1884 eröffnete soziale Fürsorgeinstitution Toynbee Hall in London kennen.kehrte im Jänner 1889 in die USA zurück.

1889-1935

Lebte in Chicago, Illinois.

1889-1935

Begründete im September 1889 mit ihrer Freundin Ellen Gates Starr (1859-1940) nach dem Vorbild der Toynbee Hall in einem Chicagoer Elendsviertel das erste Settlement-House der USA, das Hull House, eine sozial- und bildungspolitische Einrichtung, die sie bis zu ihrem Tod leitete. Hier wirkten unter anderem die Sozialreformerinnen und Frauenrechtlerinnen Edith Abbott (1876-1957), Grace Abbott (1878-1939), Sophonisba Preston Breckinridge (1866-1948), Charlotte Perkins Gilman (1860-1935), Alice Hamilton (1869-1970), Florence Kelley (1859-1932), Julia Clifford Lathrop (1858-1932), Mary McDowell (1854-1936) und Alzina Stevens (1849-1900). 1892 Beginn der Kooperation mit der University of Chicago in Chicago, Illinois, welche Besucher und Dozenten ins Hull House schickte; George Herbert Mead (1863-1931) fungierte als Schatzmeister am Hull House.

1894

Mitbegründerin der Chicago Federation of Settlements.

1903

Vizepräsidentin der International Women's Trade Union League.

1905-1908

Mitglied des Chicago Board of Education.

1909

Mitbegründerin der National Association for the Advancement of Colored People. Im selben Jahr als erste Frau zur Präsidentin der National Conference of Charities and Corrections (später National Conference of Social Work) gewählt.

1911-1914

Erste Vizepräsidentin der National American Woman Suffrage Association und erste Vorsitzende der National Federation of Settlement and Neighborhood Centers.

1915

Mit Charlotte Perkins Gilman (1860-1935) Begründerin der Woman's Peace Party, zugleich deren Vorsitzende. Präsidentin des International Congress of Women im niederländischen Den Haag. Durch ihren Pazifismus litt erstmals ihr nationales Ansehen.

1919

Mitbegründerin und bis 1934 Präsidentin der Women's International League for Peace and Freedom (seit 1929

Ehrenpräsidentin); präsierte mehrere internationale Kongresse, unter anderem jenen von 1921 in Wien.

1920

Mitbegründerin der American Civil Liberties Union. 1928 Präsidentin der Conference of Pan-Pacific Women's Union auf Hawaii.

1931

Als erste Amerikanerin Friedensnobelpreis gemeinsam mit dem US-amerikanischen Publizisten und Philosophen Nicholas Murray Butler (1862-1947), langjähriger Präsident der Columbia University in New York, N.Y.

21.5.1935

Gestorben an Krebs in Chicago, Illinois.

Protokoll des Überregionalen Treffens des DJF in Berlin 2006

Internes Protokoll: Andreas Szagun

Das überregionale Treffen findet turnusmäßig in Berlin vom 10. bis zum 12. März 2006 statt, Ausrichter ist das Deutsch-Japanische Friedensforum Berlin e.V. Tagungsort ist das Martin-Niemöller-Haus in Dahlem.

Freitag, 10. März 2006

Anwesend: Heinrich Schomann, Kassel; Günter Mundil, Hannover; Stephan Kühn, Hannover; Eugen Eichhorn, Berlin; Heidi Seyde, Berlin; Andreas Szagun, Berlin.

20.00 Uhr bis 21.00 Uhr Abendessen

Beginn: 21.00 Uhr

Begrüßung der Teilnehmer durch Eugen Eichhorn, Besprechung der Tagesordnung für Sonnabend und Sonntag:

Sonnabend im ersten Themenblock: Berichte aus den Gruppen, Aktivitäten und Perspektiven,

Sonnabend im zweiten Themenblock: Schwerpunkt ADiA, weitere Perspektive,

Sonntag: Bericht von der Japanreise/Forum 2005.

Offizielles Protokoll: Stephan Kühn, Hannover.

Aus Hannover wird berichtet, daß OB Schmalstieg im Jahr 2006 in Rente geht und die politische Nachfolge derzeit noch offen ist. Der derzeitige SPD-Kandidat wäre nicht als sicherer Gewinner der anstehenden Kommunalwahlen anzusehen.

Die CD-Rom von A. Takahashi, in deren Besitz das Deutsch-Japanische Friedensforum Berlin e.V. ist, ist offenbar in Hannover von den Dias Takahashis produziert worden und über den Umweg über Hiroshima nach Berlin gelangt. Hannover und Kassel bekommen Kopien der Berliner CD.

Berlin berichtet über die Nutzung eines Freisemesters an der TFH zur Forschung für den H&N Peace Study Course und zur Einberufung eines Arbeitstreffens in Japan zur Wiederherstellung und Festigung des bestehenden Netzwerkes japanischer Gruppen im und im Umfeld des DJF (Eugen).

Ende: 22.00 Uhr.

Sonnabend, 11. März 2006, erster Themenblock

Anwesend: Heinrich Schomann, Kassel; Günter Mundil, Hannover; Stephan Kühn, Hannover; Eugen Eichhorn, Berlin; Andreas Szagun, Berlin.

Beginn: 9.55 Uhr

Bericht aus Kassel: Im Jahr 2005 stand die Japanreise/Forum 2006 im Mittelpunkt der Tätigkeit. (gesonderter Bericht am Sonntag). Ein Besuch von japanischer Seite in Kassel/Ahnatal hat nicht stattgefunden. Im Juli 2006 soll eine Gruppe von Studenten unter Leitung von K. Redler eine dreiwöchige Reise nach Japan unternehmen, evtl. ergeben sich dadurch neue Mitstreiter für das dortige DJF, der Kontakt in Japan läuft über Toshi Tajima aus Urawa. Zum Schwerpunkt 2007/zwanzigjähriges Bestehen des DJF wird berichtet, daß H. Schomann eine persönliche Dokumentation der Entwicklung des DJF in Ahnatal erarbeitet hat. Makoto Oda hatte sich 1987 in Ahnatal zusammen mit T. Kajimura aufgehalten und anlässlich des erfolgreichen Besuches einer japanischen Jugendgruppe dort die Idee eines Netzwerkes „DJF“ entwickelt. Die Jugendgruppe war anschließend in Berlin von der FRIKO empfangen worden. Da somit das DJF in Ahnatal älter ist als das DJF in Berlin wird beschlossen, die Jubiläumsveranstaltung in Ahnatal durchzuführen und dazu auf jeden Fall Gäste aus Japan einzuladen. E. Eichhorn schlägt vor, die Materialeien aus Kassel, Hannover und Berlin zu sammeln, um eine gemeinsame Dokumentation zu erstellen. Eventuell könnte die Uni Heidelberg, Abteilung Japanologie, dazu gewonnen werden, aufbauend auf diesem Material eine Magisterarbeit zu vergeben, um eine neutrale Sicht zu ermöglichen.

Bericht aus Hannover: Die Arbeit läuft wie gewohnt, es finden monatliche Treffen mit jeweils rund 7-10 Teilnehmern statt. Das Hiroshima-bündnis ist aufgrund der Städtepartnerschaft Hannovers mit Hiroshima offizieller Teilnehmer des Kirschblütenfestes und der Gedenkveranstaltungen anlässlich des 6. August. Dadurch ergibt sich eine Zusammenarbeit von Hiroshima-bündnis mit der Stadtverwaltung, dem OB

(Schmalstieg) und der Lokalen Agenda. Es besteht Kontakt zur Organisation „Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen“. Am 24. März 2006 findet ein Treffen von „Mayors for Peace“ in Hannover statt, an dem das Hiroshimabündnis teilnimmt. Es wurde ein Straßenbahnzug mit Hilfe von professionellen Sprayern zum Thema „Hiroshima mahnt“ gestaltet. Die ÜStra hat die Werbefläche kostenlos zur Verfügung gestellt, Bündnis und OB haben die Kosten der Hilfsmittel (Folien, Farben, rd. 7000 Euro) getragen. Evtl. werden auch Innenwerbeflächen gestaltet. Die Aktion „Bausteine für den Frieden“ aus Heidelberg ist in Hannover unterstützt worden. Derzeit ist von Seiten der Stadt das Projekt in die Wege geleitet worden, den vorhandenen Gedenkhain in Südstadt/Bult, der ursprünglich nur aus einem einzigen Initiativ-Gedenkbaum bestanden hatte, gestalterisch so zu fassen, daß er auch außerhalb der Blüte der 110 Kirschbäume als Gedenkhain erlebbar ist.

Bericht aus Berlin: Begleitend zum Bericht wird der Tätigkeitsbericht des Deutsch-Japanisches Friedensforum Berlin e. V. vorgelegt. Es wird über die Schwierigkeiten berichtet, Berlin zu Mindestleistungen im Rahmen des Städtebündnisses/„Mayors for Peace“ anlässlich des Besuches von BM T. Akiba (Hiroshima) in Berlin zu bewegen und über den Erfolg, daß Walter Momper für Berlin u. a. nach Hiroshima zu den offiziellen Gedenkfeierlichkeiten gefahren ist. Es wird über das erfolgreiche vierte Semester des H&N Peace Study Course berichtet und über den Anderen Dienst im Ausland, den bislang 38 Jugendliche über das Deutsch-Japanisches Friedensforum kein Japanisch sprechen. Derzeit laufen die Vorbereitungen für das am Wochenende 17. bis 19. März 2006 stattfindende Auswahltreffen statt. Bis dahin müssen noch einige Punkte geklärt werden, wie zum Beispiel die Überarbeitung des Vertrages und eine versicherungstechnische Kooperation mit Aktion Sühnezeichen oder DFG/VK. Derzeit besteht das Problem, daß trotz des Wunsches von T. Akiba es noch keine ADiA-Stellen in Hiroshima gibt, da offenkundig Mitarbeiter aus der Verwaltung Hiroshimas aus Unfähigkeit oder Unwillen bremsen. Es soll versucht werden, über Hannover (Städtepartnerschaft) hier einen Erfolg zu erringen, da aufgrund steigender Bewerberzahlen mehr ADiA-Stellen benötigt werden und die Einrichtung „Kyou Dou Gaku Sha“ aufgrund der sich häufenden Probleme aus dem Programm genommen worden ist. E. Eichhorn

Berlin e. V. geleistet haben. In Berlin hat eine Gedenkveranstaltung anlässlich des 60. Jahrestages des Abwurfes von Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki an der K.-W.-Gedächtniskirche stattgefunden. Auf Anregung des Deutsch-Japanisches Friedensforum Berlin e. V. wurde in der Gedenkkirche Maria Regina Martyrum ein ökumenischer Gedenkgottesdienst abgehalten. Im August hat eine vom Deutsch-Japanisches Friedensforum Berlin e. V. betreute Gruppe aus Fukuoka Berlin besucht. Schließlich besuchte der langjährige Koordinator des JDF, K. Yamamoto, zum Jahresende Berlin. Im September 2007 soll A. Takahashi auf Einladung der TFH Berlin zu Vorlesungen nach Berlin kommen, das DJF Berlin wird diesen Besuch organisieren.
Ende: 12.30 Uhr

Mittagessen im nahegelegenen Restaurant

Sonabend, 11. März 2006, zweiter Themenblock

Anwesend: Heinrich Schomann, Kassel; Günter Mundil, Hannover; Stephan Kühn, Hannover; Irma Richter, Berlin; Eugen Eichhorn, Berlin; Heidi Seyde, Berlin; Andreas Szagun, Berlin.
Beginn: 15.20 Uhr

Es wird über den Stand der Bewerbungen für den ADiA-Jahrgang 2006 und über die Arbeit bei der Auswahl der künftig Dienstleistenden berichtet. Es gibt derzeit rund zwanzig noch aufrechtgehaltene Bewerbungen für rund zehn Plätze. Es haben sich trotz Belehrung drei Jugendliche beworben, die

vom Deutsch-Japanisches Friedensforum Berlin e. V. Berlin wird dazu auch zum Treffen von „Mayors for Peace“ am 23.4.2006 nach Hannover fahren. Ein weiterer Vorstoß soll über A. Takahashi versucht werden.

Zur Perspektive für die folgenden Jahre stellt E. Eichhorn die Idee vor, ein Begegnungszentrum für Japaner und Deutsche auf neutralen Boden, zum Beispiel in Vietnam, einzurichten. Hierzu könnte unter Umständen die Organisation SODI e.V. angesprochen werden. Aufgrund einer gestaltungstechnischen Auseinandersetzung zwischen Makoto Oda und Kenji Yamamoto ist das früher vorhandene Netzwerk japanischer Gruppen derzeit nicht arbeitsfähig, was sich u. a. in fehlenden Delegationen von Japanern äußert. Dazu will E. Eichhorn 2006 nach Japan fahren,

um dort ein Arbeitstreffen der dortigen Gruppenvertreter zu initiieren.

Ende: 18.20 Uhr

Sonntag, 12. März 2006

Anwesend: Heinrich Schomann, Kassel; Günter Mundil, Hannover; Stephan Kühn, Hannover; Irma Richter, Berlin; Eugen Eichhorn, Berlin; Annette Richter, Berlin; Hans-Peter Richter, Berlin; Heidi Seyde, Berlin; Daniel Seyde, Berlin; Andreas Szagun, Berlin.

Beginn: 10.58 Uhr

H.-P. Richter berichtet über die Japanreise/Forum 2005. Die Gruppe war gemischt aus „Ost“ und „West“ und aus den verschiedenen Organisationen und prgrammbedingt 15 bis 19 Personen stark. Unter anderem wurde die Baustelle des geplanten „Heliports“ der USA bei Henoko auf Okinawa besucht und die dortige Widerstandsbewegung unterstützt. Nach unbestätigten Berichten soll die Regierung Koizumi das Projekt in ASBsprache mit dem Nutzer USA dahingehend verändert haben, daß der Heliport an einem Ort in der Nähe, auf einem Landzipfel des „Camp Schwab“, eines US-Militärstützpunktes, errichtet werden soll. Da es sich dabei um militärisches Sperrgebiet handele, wären Widerstandsgruppen an Aktionen gehindert. Die Delegation nahm an der Weltfriedenskonferenz in Hiroshima anlässlich des 60. Jahrestages der Atombombenabwürfe teil. Die Reise hatte einen ganz anderen Charakter als die Reisen in den Jahren zuvor. Probleme gab es mit zu individualistischem Verhal-

ten einzelner teilnehmer und mit der Vorabreservierung bei Japan Rail, da es dort aufgrund einer für Außenstehende nicht nachzuvollziehenden Trennung in JR East und JR West kostenintensive Reservierungsprobleme gab.

Zu den geplanten Veranstaltungen zum zwanzigjährigen Bestehen des DJF soll eine Gruppe deutscher Teilnehmer, rund 8 bis höchstens zwölf Personen, nach Japan fahren. Aufgrund der oben geschilderten Probleme soll geprüft werden, ob sich die gemeldeten teilnehmer wirklich eignen. Kassel wäre bereit, eine zentrale Feier auszurichten, zu der auch Japaner eingeladen werden. Diese sollen auch Hannover und Berlin besuchen. Die Zeitplanung sollte sich an der sog. Golden Week in Japan orientieren. Eventuell könnte zusätzlich ein Symposium in Heidelberg stattfinden (zum Beispiel mit M. Oda und Seifert und Schamoni von der Heidelberger Universität). Hierzu sollen auch inhaltliche Schwerpunkte, wie zum Beispiel Artikel 9, Militärstützpunkte und ADiA gebildet werden. Ebenfalls sollten alle ADiA-Veteranen eingeladen werden, da 2007 auch der fünfte ADiA-Jahrgang erfolgreich beendet sein wird. Schließlich könnte auch die Okinawa-Ausstellung des Deutsch-Japanisches Friedensforum Berlin e. V. in Kassel gezeigt werden. Zur Vorbereitung der Feierlichkeiten soll das turnusmäßig in Kassel stattfindende Überregionlae Treffen 2007 auf Herbst 2006 vorgezogen werden, gedacht ist an einem Bereich Ende Oktober/Anfang November.

Ende: 14.00 Uhr

ADiA-Auswahltreffen 2006

von Andreas Szagun

Vom 17. bis zum 19. März 2006 fand das diesjährige ADiA-Auswahltreffen in Berlin statt. Diese Jahr waren vierundzwanzig Bewerber nach Berlin gekommen. Einer weit höheren Zahl von Interessenten mußte vorher abgesagt werden, vor allem die fehlenden Sprachkenntnisse waren dafür ausschlaggebend. Die diesjährigen Bewerber wurden in zwei Gruppen aufgeteilt, um der Auswahlkommission genug Zeit für jeden Einzelnen zu haben. Jede Gruppe traf sich abends zum Abendbrot und einem lockeren Gespräch, bei dem allerdings schon erste allgemeine Informationen zum ADiA und bezüglich Japan gegeben wurden. Die Auswahlkommission bestand natürlich nicht nur aus den „Alten Hasen“ des DJF, sondern auch aus ehemaligen „Zivis“. Schon gleich an den ersten Abenden wurden Ranglisten entworfen, die jeder noch einmal überdenken sollte. Am darauffolgenden Donnerstag, den 23. März traf sich die Auswahlkommission erneut, um endgültige Entscheidungen zu treffen. Das

Ergebnis sah folgendermaßen aus: Vier Bewerber kamen auf Platz Eins (also bestens geeignet), zwölf Bewerber kamen auf Platz Zwei (Geeignet) und zwölf kamen auf Platz Drei (Ungeeignet). Die Gründe für den Ausschluß der „Dreier“ lagen in mangelnden Sprachkenntnissen, aber auch an fehlender sozialer Kompetenz und zum Teil auch an übersteigertem Selbstbewußtsein. Wir hatten ja die gemeinsamen Essen auch genutzt, um zwanglos zu prüfen, inwieweit sich die Einzelnen in eine Gruppe einfügen können.

Endgültig ausgewählt wurden dann – auch aufgrund der Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze in Japan – acht Bewerber, die im Juli und August 2006 ihren Dienst antreten werden, meist auf neu eingeworbenen Stellen. Der ADiA-Schwerpunkt hat sich dabei nach Hokkaido verlagert, hier konnten auch erstmals Stellen im Umweltbereich eingeworben werden. Aber auch eine Stelle im Friedensmuseum in Nagasaki ist neu.

Zeitplan des ADiA-Auswahltreffens 17. bis 19. März 2006 im Martin-Niemöller-Haus

	Freitag, 17. März 2006	Sonnabend, 18. März 2006		Sonntag, 19. März 2006	
10.00 Uhr bis 12.00 Uhr		Gruppe A 1 Vorstellung	Gruppe A 2 Sprachprüfung	Gruppe B 1 Vorstellung	Gruppe B 2 Sprachprüfung
12.00 Uhr bis 14.00 Uhr		Gruppe A 1 Sprachprüfung	Gruppe A 2 Vorstellung	Gruppe B 1 Sprachprüfung	Gruppe B 2 Vorstellung
14.00 Uhr bis 15.00 Uhr		Mittagessen.		Mittagessen.	
15.00 Uhr		Verabschiedung der Bewerber.		Verabschiedung der Bewerber.	
15.00 Uhr bis 16.00 Uhr		Jury und Sprachprüfer/innen treten zur Beratung zusammen.		Jury und Sprachprüfer/innen treten zur Beratung zusammen.	
16.00 Uhr bis 19.00 Uhr		Pause (bzw. Pufferzeit).		Ende (voraussichtlich).	
19.00 Uhr bis 19.30 Uhr	Vorbereitung der Begrüßung.	Vorbereitung der Begrüßung.			
19.30 Uhr bis 21.30 Uhr	Begrüßung der Gruppe A. Abendessen, Vorstellung des DJF und allgemeine Informationen zum ADiA.	Begrüßung der Gruppe B. Abendessen, Vorstellung des DJF und allgemeine Informationen zum ADiA.			

ADiA in der KiTa Mugi No Ko Kai, Sapporo

von Jens Fielenbach

Juni 2006: In 24 Stunden um die halbe Welt ...

15:00 Uhr, Nikko Hotel Düsseldorf. Noch einmal feste drücken und dann winke ich durch die verspiegelten Fensterscheiben des Busses meiner Schwester und meinen Eltern, bis wir um die nächste Strassenecke biegen. Bin ich etwa schon weg? Zumindest auf dem GPS-Monitor finde ich mich immer noch im Herzen Europas wieder, irgendwo auf der A3 in Richtung Frankfurt. Unterwegs im Airport-Express mit einer Handvoll japanischer Berufspendler zwischen Tokyo und dem Westen. Noch einmal zieht – während ich in meinen Kalender eine Liste der Freunde und Bekannten kritzle, denen ich eine Postkarte schreiben will - zur Rechten meine Heimatstadt Bonn vorüber und 2½ Stunden später habe ich meine 2,5 Kilogramm Übergepäck mit einem ostasiatischen Lächeln am Schalter der Japan-Airlines eingecheckt. Sobald ich im Heck der Boeing 747 meine Beine in die mollige Schlafdecke eingewickelt habe, kann es meinetwegen losgehen und als sich der Stahlkoloss endlich in den abendroten Himmel erhebt, tickt zumindest meine Uhr bereits in Japanese Standard Time. O-cha wa ikaga desuka? Der Japanese-Style-Service schmeckt zwar ein wenig wie aus der Konserve, aber wenn man 11 Stunden Flug vor sich hat, dann muss man sich wohl mit der Landesart anfreunden. Erst recht in 11 Monaten. Nein, ich befinde mich nicht auf einer Geschäftsreise und fliege auch nicht in Urlaub. Schöne Neue Welt? Land der aufgehenden Sonne? Zum Frühstück – ach nein, es ist ja bereits Tea Time, halb vier nachmittags – segeln wir in einer weiten Rechtskurve auf Narita herab. Ein Schachbrett aus Reisfeldern und sich kräuselnde Wellenfronten vor der Pazifikküste von Chiba. Aha! Das da unten ist also Japan. Sobald ich die Gangway verlassen habe, schlägt mir eine körperwarme Dunstwolke entgegen und hätte ich nicht die ganze wie im Fluge vergangene Nacht im Sitzen vor mich hin gedämmert, dann würde ich mich jetzt erst einmal zum Akklimatisieren irgendwo niederlassen. Stattdessen reihe ich mich vor der Passkontrolle in Schlangen von Immi-

granten aus aller Herren Länder ein. Nach einer halben Stunde atme ich auf, als der Beamte mein Working-Holiday-Visum abstempelt und endlich meinen vor lauter Zettelchen nun doppelt so dicken Pass zuklappt. Connecting flights hier entlang. Nein, immer noch keine stumpfen Gegenstände oder Zirkel im Gepäck. Was zu Essen wäre nicht schlecht, aber leider nur dampfend heiße Kakesoba im Angebot nach der Sicherheitskontrolle. Der Hunger treibt's rein und den Schweiß auf die Stirn. Und dann geht auch schon mein Anschlussflug nach Sapporo, New-Chitose-Aiport – Taifun und turbulenter Toilettengang all inclusive. Wieder festen Boden unter den Füßen ziehe ich mein Gepäck in die Empfangshalle und laufe geradewegs der zu unserem Empfang bestellten Delegation in die Arme. Ach so, das sollte ich vielleicht erklären: Trotzdem man mich wie internationale Prominenz behandelt, spreche ich von mir nicht im Plural Majestatis. Wir erwarten nämlich noch Jan Oczo, der mit dem Flieger aus Osaka kommen soll. Die Gunst der Stunde nutze ich, um meinen bescheidenen Japanischkenntnissen zum Trotz mit den Anwesenden ins Gespräch zu kommen, während diese andächtig Ramen in den Geschmacksorten Miso, Shoyu oder Shio schlürfen. Nach weiteren 45 Minuten im Auto kann ich mich gegen Mitternacht endlich meinem Schlafbedürfnis hingeben. Als ich mich nach satten 12 Stunden Schlaf wieder von meinem Nachtlager erhebe, steht die Sonne bereits hoch am Himmel. Im Laufe des Tages lerne ich auch die anderen Hausbewohner kennen, die mich mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Stunde bei meiner Ankunft nur kurz, dafür aber umso herzlicher begrüßt haben. Außerdem stehen eine ganze Reihe Formalitäten an wie z.B. die Beantragung der Alien-Registration-Card. Am Abend sorgen dann Johannes Schäffer und Joachim Weber mit erlebten Anekdoten aus Ainosato kräftig für Stimmung. Yokatta. Am darauffolgenden Tag darf ich mit meiner Chefin und Konsorten zu einem Meeting nach Urakawa an der Südküste von Hokkaido fahren. Rechts das Meer, links traumhafte Berglandschaft und auf der Rückfahrt umgekehrt. Aber der Umweg um

ganz Hokkaido herum wäre bestimmt auch einmal eine Erfahrung wert. Der nächste Tag, ein Sonntag, besteht zu 99% aus Schlafen, Herumlungen und zur Abwechslung auch einmal Essen. Das restliche eine Prozent ist mir scheinbar entfallen. Nach vier Tagen Eingewöhnung beginnt nun der Ernst des Lebens: Der erste Arbeitstag steht vor der Tür. Strandbaden und Topfschlagen. Statt des Topfes machen wir Jagd auf eine saftige Wassermelone. Abends fahre ich mit zum Flughafen, um Christoph Schönbeck zu begrüßen.

Betreuungsaufgaben in der KiTa ...

Mugi No Ko Kai ist eine integrierte Betreuungseinrichtung für etwa 80 Kinder vom Säuglingsalter bis zur Mittelstufe. Das Spektrum der angebotenen Betreuungsformen ist dementsprechend in seiner Vielseitigkeit hier nicht vollständig zu beschreiben. Ich werde mich deshalb im Folgenden bewusst auf meinen eigenen Aktivitätsbereich beschränken, auch wenn ich im Laufe meines Aufenthaltes einen durchaus weiten Überblick gewinnen konnte. Das übergreifende Konzept ist die gemeinsame Betreuung von geistig-seelisch behinderten und gesunden Kindern. Leider wird dem durch eine im April in Japan verabschiedete Gesetzesänderung ab Sommer ein Riegel vorgeschoben werden. Das wird für Mugi No Ko Kai eine ganze Reihe von kostenaufwendigen Umbauten, z.B. die Errichtung einer neuen Kinderarztpraxis auf einem eigens angekauften Grundstück und wahrscheinlich eine komplett neue Gruppeneinteilung bedeuten. Welche Konsequenzen dieser Einschnitt für meine eventuellen Nachfolger haben wird, kann ich bei weitem noch nicht einschätzen. Derzeit schwankt die Größe der Gruppen im Bereich zwischen 10 und 20 Kindern mit Rücksicht auf die alters- und behinderungsabhängige Betreuungsbedürftigkeit. Je nach Fähigkeiten und Erfahrung bekommen wir Teacher jeweils etwa zwei bis drei Kinder anvertraut, so dass wir uns individuell um ihre Bedürfnisse kümmern können. Das Verhältnis von Betreuten und Betreuenden ist also nicht nur zahlenmäßig, sondern auch auf der Ebene des zwischenmenschlichen Umgangs miteinander als ausgesprochen gut zu beurteilen. Das Gebäude dagegen ist schon ziemlich in die Jahre gekommen. Neu ist nur die separate "Klinik". Wie der Name verrät, befindet sich im Obergeschoss eine firmeninterne Arztpraxis. Hier wird alles von Erkältung über Grippe bis hin zu blauem Auge und

blutender Lippe auskuriert. Sicher ein Plus für die Gesundheit der Kleinen und Großen. Außerdem kümmern sich ein Kinderpsychologe, eine Logopädin und eine Bewegungstherapeutin um traumatisierte und sprachlich zurückgebliebene Kinder. Häufigste Ursachen sind häuslicher Missbrauch, Autismus und Down-Syndrom.

Traurig, aber wahr: In vielen Fällen kommen angeborene geistige Handicaps zusammen mit durch Liebesentzug der Eltern bzw. körperliche Misshandlung erlittenen seelischen Schäden. Dies bedeutet im Umgang mit jedem Einzelnen, dass eine gehörige Portion Fingerspitzengefühl sowie Geduld, Geduld und nochmals Geduld gefragt ist. Wie ich aus eigener Erfahrung berichten kann ...

Mein Arbeitstag ...

...beginnt um 8:30 Uhr mit dem Staffmeeting. Hier wird nach einer kurzen Besinnung, die ich seit Neuestem mittwochs auf Englisch vortragen und übersetzen darf, von den Gruppenleitern das für den Tag vorgesehene Programm skizziert und andere Informationen von allgemeinem Interesse bekanntgegeben. Im Anschluss daran bereite ich den "Daycare-Room" im Erdgeschoss der Klinik vor bzw. beteilige mich an den im Winter fast jeden Tag anfallenden Schneeräumarbeiten. Gegen etwa 9:00 Uhr nehme ich die Kinder der "Free School" in Empfang, die wegen ihres ausgeprägten Autismus keine normale Grundschule besuchen können, und bei deren Betreuung ich jeden Vormittag helfe. In der ersten Stunde etwa beprechen die anwesenden Mütter im Hintergrund mit dem verantwortlichen Teacher das Tagesprogramm, während ich für Ruhe und Ordnung Sorge und die Aufmerksamkeit der Kinder auf die vorgelesenen Bilderbücher lenke. Mittlerweile habe ich mir ebenfalls ein kleines Repertoire von Büchern angeeignet und kann diese Wartezeit nun sinnvoll mitgestalten. Insbesondere interaktive Frage-Zeige-Spiele fordern meiner Meinung nach die Kinder heraus. Heraus aus ihrer durch das passive Zuhören nur noch bestärkten Ich-Welt und machen sie stattdessen auf Ihren Nächsten und die Welt um sie herum aufmerksam. Es ist ja nicht das Problem, dass sie gesprochene Sprache nicht in ihrer Bedeutung verstehen und den Geschichten folgen könnten. Bekannte Bücher erzeugen nämlich eine merklich gesteigerte Resonanz und auf Zurufe reagieren die Kinder wie ganz normale - sofern sie denn Lust dazu haben. Aber wenn ich nicht mit jeman-

dem spreche, dann spricht er auch nicht mit mir. Das, was bei gesunden Kindern im Alter von ein bis zwei Jahren passiert, müssen diese hier noch mühsam lernen. Und sie wiederholen nur das, was auch an sie gerichtet ist. Zum Beispiel: Setz dich hin, iss auf, häng deine Jacke auf, zieh die Hose hoch, lass das, sei still, lass die Zunge drin usw. Solche anezogenen Manieren tragen zwar in entscheidendem Maße zur allgemeinen Gesellschaftsfähigkeit bei, damit kommt man aber leider nicht selbstständig durchs Leben. Solange diese Kinder nicht lernen, ihre Bedürfnisse mitzuteilen, werden sie immer darauf angewiesen sein, einen sie intuitiv verstehenden Vormund an ihrer Seite zu haben. Und wenn die Kinder aus Bedürfnis nach menschlicher Nähe einmal eine andere als die verbale Ausdrucksform wählen, z.B. ihrem Nebenmann oder ihrer Nebenfrau um den Hals fallen, dann wird diese "sittenwidrige" Verhalten durch stumpfsinnige und harsche Zurufe unterbunden. An dieser Stelle mache ich den verantwortlichen Therapeuten ganz offen den Vorwurf fehlenden Einfühlungsvermögens. Gleiches gilt für die Panikanfälle einzelner Kinder. Wenn mich einer auf die linke Wange schlägt (und das kommt täglich vor), dann verlange ich weder von mir noch von anderen, auch die rechte hinzuhalten. Aber was bewirken stimmgewaltige Zurechtweisungen und Isolationshaft auf einem gesonderten Stuhl? Nur eine Verstärkung dieser verzweifelten Bitte "Hallo, beachte mich!". Es hat auch mich eine ganze Weile gekostet, diese Zusammenhänge zu verstehen, aber ein beruhigendes Haarewuscheln wirkt wie Magie. Leider reichen meine sprachlichen Fähigkeiten nicht dazu aus, wenn ich meine Gedanken denn artikulieren darf, in diese Richtung Überzeugungsarbeit zu leisten. Nach Beendigung dieser Phase schließt sich nahtlos die rhythmische Morgengymnastik an, die ich auf dem Klavier untermale. Freitags nimmt die körperliche Bewegung und das Koordinationstraining den gesamten Vormittag ein. Dabei ist das Wichtigste die stoische Regelmäßigkeit in der musikalischen Ausgestaltung und Abfolge. Denn nur durch diese akustischen Signale wird den Kindern augenblicklich klar, was von Ihnen erwartet wird. Das Gewohnte und Antrainierte bedeutet für Autisten gefühlte Sicherheit, sollte aber in der geeigneten Dosierung genossen werden. Da sich die Kinder aufgrund ihrer Behinderung nicht sinnvoll ohne Anleitung selbst beschäftigen, geschweige denn in gegenseitigen Dialog treten können, wird ihnen

ab etwa 10 Uhr zur Animation ein reichhaltiges Programm von teils recht aufwändigen Ausflügen und Besichtigungen geboten.

Die Liste der Aktivitäten ist unglaublich lang, lässt sich aber leicht in einige wenige Kategorien fassen. Wenn ich es recht überlege, baut der Ablauf eigentlich immer darauf auf, dass wir irgendwo im Marschtempo spazieren gehen. Dabei habe ich nichts weiter zu tun, als die ein bis drei mir anvertrauten Kinder an die Hand zu nehmen und in Reih und Glied zu halten. Das allerdings kann bei gehfaulen und panikartig auf die Straße springenden, um sich schlagenden oder einfach davonlaufenden Kindern häufig sehr knifflig und stressig sein. Die Schauplätze sind mal mehr mal weniger fürs Auge interessant. Von einem Besuch im Zoo und Spazieren am Strand, über Gelände der landwirtschaftlichen Uni-Fakultät bis hin zur abgasverpesteten Vorstadthauptstraße war alles da. Anlässlich der Fussball-WM habe ich ange-regt, die Teamfähigkeit der Kinder durch gelegentliches Fussballspiel im Grünen zu foerdern. Denn es gibt in Sapporo so viele Parks, dass man bei genügend Ausdauer ein ganzes Jahr lang jeden Tag einen anderen besuchen könnte. Bei schlechtem Wetter fahren wir aber auch schon mal ins Museum für Abwassertechnik oder nach Shiroishi zur Feuerwache mit Erdbebensimulator. Im Winter kommt mindestens einmal wöchentlich Schlittenfahren, Skilang- oder Eislaufen hinzu. Das macht auch noch ganz großen Kindern wie mir Spaß. Ich für meinen Teil will mich also nicht beklagen, wenig von Sapporo und Umgebung gesehen zu haben.

Um spätestens 12:30 Uhr kehren wir von den Ausflügen in den Daycare-Room zurück und essen zu Mittag. Bevor es allerdings heißt "Itadaki-masu!" müssen alle Kinder ihre Schuhe, Jacken und Rucksäcke wegstellen bzw. -hängen und sich die Hände waschen. In den meisten Fällen ist dabei die Aufsicht mindestens eines Betreuers notwendig und im Zweifelsfall kümmert sich immer der jeweils Verantwortliche um die ihm anvertrauten Kinder. In der Zwischenzeit werden die Esstische bereitgestellt, die Plätze gedeckt und das Essen, welches in Großbehältern aus der Küche herbeigeholt wird, in 15 bis 25 Portionen für Kinder, Betreuer, aushelfende Mütter, früher aus der Schule entlassene Hortkinder und Mitarbeiter der Arztpraxis aufgeteilt. Nachdem alle Kinder versorgt sind, setzen wir Erwachsenen uns zum Essen dazu und verhindern allerlei Unfug wie Nattowerfen und gemeinen Nahrungsmittel-

diebstahl. Außerdem hat zumindest ein Kind eine Eiweißallergie, so dass bei diversen Speisen Vorsicht geboten ist. Etwa die Hälfte aller Kinder hat Essstörungen, so dass ihnen mit Gutzureden und Löffel das Essen schmackhaft gemacht werden muss. In Diskrepanz dazu sind die Kinderrationen für einen Erwachsenenmagen jedoch ziemlich knapp bemessen. Nach Wegräumen des Geschirrs und Großreinemachen werden bis 13:30 Uhr Bilderbücher vorgelesen und pantomimische Fingerspiele vorgeführt. Im Anschluss daran nehme ich mir erst einmal meine wohlverdiente 30-minütige Mittagspause. Auf andere Art und Weise bringen mich die schulfähigen Kinder an meine Grenzen, wenn sie am Nachmittag in den Hort strömen. Vor dem freien Spielen betreue ich sie bei ihren Hausaufgaben und bringe ihnen das kleine und große Einmaleins bei. Auch wenn das eher eine Frage der Geduld beiderseits ist, so kann ich z.B. bei Kanji-Übungen für Grundschüler ab der 2.Klasse noch durchaus etwas dazulernen. Ein entscheidender Faktor ist die Kombination aus Enge und Lautstärke. Klaustrophobie und Allergie gegen dicke Luft darf man hier nicht haben, wenn bei 25 Kindern jedem statistisch gesehen etwa 1qm zusteht. Gut, dass die Freifläche zum Hauptgebäude hin als Spielplatz zum Fangen, Verstecken und Dreck-/Schneewühlen genutzt werden kann. Ungeachtet der Jahreszeit und des Wetters verbringe ich so fast die Hälfte meiner Arbeitszeit im Freien und bekomme viel Auslauf. Besonders im Sommer fallen wir mit Vorliebe zum Baseball und Fußballspielen in den Hinomaru-Park ein. Je nachdem, was gerade angesagt ist. Die Aktivitäten der Nachmittagsgruppe werden im Allgemeinen eher von den Kindern selbst kreiert und initiiert als morgens. Entsprechend ist es die Aufgabe von uns Betreuern, für Sicherheit, Streitschlichtung und Gruppenzusammenhalt zu sorgen.

Kurz vor 17:00 Uhr versammeln wir uns wieder im Daycare-Room und entlassen die Kinder nach Hause. Damit endet auch meine offizielle Arbeitszeit, die pro Woche 34,5 Stunden beträgt. Denn dienstags und donnerstags werde ich bereits nach dem Mittagessen von der Arbeit freigestellt, damit ich zum Japanisch-Unterricht gehen kann. Allerdings wird von mir wie von allen anderen Mitarbeitern am Wochenende aktive Mithilfe bei diversen Sportfesten, Zeremonien und Matsuri erwartet. Es gibt praktisch keinen Tag, an dem die Einrichtung Mugu No Ko Kai ruht. Immer ist irgendetwas los. Zu den schönsten Erinnerungen

gehören sicher die drei Akaigawa-Camps in Herbst, Winter und Frühling. Wir haben in einer Blockhütte in den Bergen nahe Otaru übernachtet und tagsüber so viel wie möglich im Freien gespielt. Unter anderem auf meine eindringlichen Anregungen bei den Vor- und Nachbereitungsmeetings der beiden letzten Camps hin, wurde jetzt im Frühling erstmals ein Akzent auf die Naturerfahrung der Großstadtkinder gesetzt. Schwer bepackt mit Tüten voller selbst in den Bergen gesammelter Sansai (Bergkräuter) und aus Naturmaterialien gebastelter Kunstwerke kamen wir ins Basecamp zurück. Zum Abendessen nach dem Onsenbesuch gab es dann köstliche Sansai-Tempura und Okonomiyaki. Im Wesentlichen unterschieden sich die drei Camps im jahreszeitlich angepassten Tagesprogramm. Im Herbst haben wir in Kleingruppen die Yoichi-Dake erklimmt und im Winter unter den Schneemassen des Hokkaido-Hinterlandes ein Dutzend Iglus mit mannshohem Innenraum gebaut sowie Schneekerzen angezündet. Besonders viel Spaß hat mir die allgemeine "Wir erleben ein gemeinsames Abenteuer"-Atmosphäre gemacht. Für uns Erwachsene ist es wohl jedes Mal trotz der akribischen und bisweilen an Unflexibilität scheiternden Planung eher ein organisatorisches Abenteuer gewesen. Aber es sind besonders die Momente gewesen, in denen ich einem Kind einen Zusammenhang erklären konnte, etwas Erstaunliches zeigen oder einfach nur ausgelassen herumalbern konnte, die mir auch nach einer 3-Stunden-Nacht noch die Energie gegeben haben, weiterzumachen. Auf dem Papier ist mein Arbeitsplatz an den Bereich der Klinik gebunden. Aber in letzter Zeit helfe ich auf Bitte der entsprechenden Betreuer auch gelegentlich in einer Säuglingsgruppe aus, was mir sehr viel Freude macht, weil es etwas ganz anders ist als die Betreuung von Schulkindern. Nur Stillen kann ich noch nicht. Da ich mich innerhalb von Minuten auf neue Kinder, Mitarbeiter und Abläufe einstellen muss, ist es, glaube ich, angebracht zu sagen, dass eine der wichtigsten Fähigkeiten für die Arbeit in einer KiTa neben Geduld auch Flexibilität ist. Außerdem kann es nicht schaden, eine gewisse Portion Kreativität und gute Laune mitzubringen, denn nur dadurch lassen sich Kinder motivieren und zum Spiel anregen. [...]

Verdienste im Sinne der Völkerverständigung

Einmal abgesehen von den Informationsveranstaltungen des Friedensforums Hokkaido, bei denen Jan, Christoph und ich interessierten Zuhörern das deutsche System von Wehr- und Zivildienst, unsere eigenen Gründe für die Kriegsdienstverweigerung sowie unsere Motivation für den Anderen Dienst im Ausland, speziell Japan, nähergebracht haben, sehe ich meinen Verdienst im Sinne der Völkerverständigung vor allem im alltäglichen voneinander Lernen. Während ich mich auf der einen Seite immer nur wieder wundern konnte über die japanzentrische Erziehung

und Denkweise der Kinder und Erwachsenen hier, hoffe ich auf der anderen Seite, dass ich selbst einen so authentischen Eindruck von der japanischen Mentalität gewinnen konnte, dass ich daheim in Deutschland nicht nur den Zivis nach mir, sondern auch an anderer Stelle ein Verständnis von der asiatischen Kultur in ihrer japanischen Ausprägung vermitteln kann. Japan ist nicht Sumo, Kimono und Pachinko, ebenso wie nicht alle Deutschen Alkoholiker sind und Frankfurter Würstchen essen. –[...]

ADiA im Seniorenheim Umi no hoshi in Kobe/Okubo

von Robert Petzold

Im Folgenden werde ich meine Arbeit und meine Erfahrungen in der Einrichtung Umi no hoshi in Kobe bzw. Okubo beschreiben. Die Arbeit im Hauptgebäude in Kobe. Das Seniorenheim Umi no hoshi besteht aus 3 Gebäuden. Zum einen das 5-stöckige Hauptgebäude in Kobe/Rokko, einem kleineren Gebäude in Kobe/Uozaki und einem noch sehr jungen Gebäude in Akashi/Okubo, welches erst im Oktober 2005 eröffnet wurde. Die ersten zweieinhalb Monate habe ich mit Jonas zusammen im Hauptgebäude gearbeitet. Wir waren dabei zusammen in einem Zimmer eines Studentenwohnheims für Krankenschwestern ganz in der Nähe vom Seniorenheim untergebracht. Die ersten Wochen waren wir nur im Day-Service beschäftigt. Nachdem wir bei ab 9 Uhr bei der Vorbereitung des Day-Service mitgeholfen hatten (Handtücher zusammenlegen, Tische abwischen), gab es ein kurzes Meeting und danach sind der grösste Teil der Mitarbeiter die Gäste mit dem Auto abholen gefahren. Als die Gäste dann gegen 10:30 Uhr angekommen waren, hat einer von uns ihnen die Hände mit einem Spray desinfiziert und der andere Tee verteilt. Danach bestand unsere Arbeit darin, uns irgendwie mit den Gästen zu beschäftigen. In der Regel haben wir uns einfach nur mit ihnen unterhalten, hin und wieder auch etwas gespielt oder gebastelt. Zum Mittag haben wir bei der Verteilung der Essentablets mitgeholfen und dann zusammen mit den anderen Angestellten gegessen. Insgesamt hatten wir eine Stunde Mittagspause.

Bis um 3:30 Uhr haben wir uns weiterhin mit den Gästen beschäftigt und sie schliesslich verabschiedet. Während der grösste Teil der Mitarbeiter dann damit beschäftigt war, die Gäste wieder nach Hause zu bringen, haben wir die Toiletten geputzt, Handtücher zusammengelegt und den Boden gewischt. Da wir damit aber schon etwa um 5 Uhr fertig waren, hatten wir die restliche Zeit bis um 6 Uhr nichts mehr zu tun. Neben unserer oben beschriebenen Hauptarbeit wurden wir aber noch mit einer "Spezialaufgabe" bedacht. Sie lag darin, auf dem Dach des Altersheims alte Betten zu entrostern und neu zu

lackieren. Am Anfang hat uns dabei noch ein Angestellter geholfen, später haben wir dann selbstständig gearbeitet. Da ich zuvor noch nie so etwas gemacht hatte, war ich sehr froh, dass Jonas sich sehr gut darin auskannte und mir alles Notwendige erklärt hat. Diese Arbeit war im Gegensatz zum Day-Service ziemlich anstrengend, insbesondere, wenn wir mitten in der Mittagshitze auf dem Dach waren. Da wir in recht unregelmässigen Abständen auf dem Dach gearbeitet hatten, sind bis zur Fertigstellung fast 2 Monate vergangen. Die neu lackierten Betten wurden dann in das neue Seniorenheim in Okubo transportiert, wo sie aber einige Zeit später wiederum durch neue Betten ersetzt wurden. Da wir in unserem Arbeitsalltag nicht durchgängig beschäftigt waren, hat unsere Chefin uns auf unseren Wunsch hin zusätzliche Arbeit im Long-Stay-Bereich der Einrichtung gegeben. Von da an haben wir dann eine Stunde früher mit unserer Arbeit begonnen und den Senioren im Long-Stay-Bereich beim Essen des Frühstücks und bis zum Mittag beim Saubermachen der Etage geholfen. Danach haben wir dann wie zuvor im Day-Service weitergearbeitet, konnten jedoch bereits um 5 Uhr aufhören und hatten dadurch keine "Wartezeiten" mehr. Einige Zeit später wurde unserer Arbeitszeiten nochmals verändert. Nun haben wir zunächst von 10 Uhr bis Mittag im Long-Stay-Bereich sauber gemacht und beim Essen des Mittagessens geholfen, nach der Mittagspause dann bis um 16:30 Uhr im Day-Service gearbeitet und dann nochmals von 16:30 Uhr bis 19 Uhr im Long-Stay-Bereich, wo wir u.a. beim Abendessen geholfen haben.

Bis Mitte Oktober gab es ein Sommerfest, ein Fest zum Altenverehrungstag und ein Sportfest, die jeweils eine ganze Woche umfassten. Diese stellten eine angenehme Abwechslung zur sonst recht monotonen Arbeit im Day-Service dar. Insbesondere das Sommerfest hat mir sehr viel Spass gemacht.

Mitte Oktober bin ich dann in das neu eröffnete Gebäude in Okubo umgezogen, wo ich nun schon fast ein halbes Jahr arbeite. Okubo ist etwa eine halbe Stunde Zugfahrt vom Hauptge-

bäude entfernt. Das Gebäude in Okubo ist viel kleiner als das Hauptgebäude und es herrscht dadurch eine etwas "familiärere" Atmosphäre. Es besteht aus 3 Stockwerken, im Erdgeschoss befindet sich der Day-Service, im 1. Stock der Short-Stay-Bereich und der 2. Stock wird für Gymnastik, Tischtennis und Massage benutzt. Dort befindet sich auch mein Zimmer, ich wohne jetzt also direkt im Altersheim. Mein Tagesablauf sieht jetzt so aus, dass ich von 8:45 Uhr bis etwa 10 Uhr im staubsauge, Toiletten putze und Blumen bzw. den Rasen giesse. Manchmal fahre ich auch mit einem anderen Mitarbeiter zusammen die Gäste abholen, wobei ich dann beim Ein- und Aussteigen mithilfe oder mich einfach nur mit den Gästen unterhalte.

Sobald die Gäste angekommen ist, singe ich dann etwa 45 Minuten mit ihnen japanische Volkslieder, wobei ich sie dabei auf dem Klavier begleite. Von 15:15 Uhr bis 16 Uhr mache ich das Gleiche auch im Short-Stay-Bereich. Den Ablauf dieser Musiktherapie kann ich dabei völlig selbstständig bestimmen und vorbereiten, dazu gehört auch das Anfertigen der Liedtext-Karten, die ich aus Liederbüchern herauskopiere und dann an die Gäste verteile. Der Ablauf sieht so aus, dass ich zunächst etwa 5 Lieder mit den Gästen zusammen singe, dann gibt es eine kleine Pause, in der ich in der Regel ein klassisches Werk von Mozart, Bach, Beethoven oder anderen Komponisten vorspiele, und danach singen wir nochmal etwa 5 Lieder zusammen. Von 12 bis 13 Uhr habe ich Mittagspause. Danach putze ich die Toiletten und Waschbecken im 2. Stock. Das ist jedoch erst seit letzter Woche so, davor hat das nämlich ein geistig-behinderter Mitarbeiter übernommen. Bis um 15:15 Uhr beschäftige ich mich mit den Gästen im Day-Service (unterhalten, Karten oder Tischtennis spielen, etwas basteln oder backen). Um 16:30 Uhr fahre ich die Gäste dann mit einem Mitarbeiter zusammen nach Hause und danach räume ich noch auf, putze Toiletten, lege Handtücher zusammen und sammle den Müll ein. Am Montag spiele ich um 11 Uhr auch für die Gäste der Gymnastik-Gruppe Klavier. Am Dienstag und Donnerstag findet zudem auch eine Gymnastik-Stunde im Day-Service statt, an der auch die Gäste aus dem Short-Stay teilnehmen.

Während der Short-Stay mit einer Kapazität von 20 Gästen zur Zeit oft voll belegt ist, sieht die Situation im Day-Service sehr schlecht aus. Er hat zwar ebenfalls eine Kapazität von 20 Personen,

aber in der Regel kommen nur 3 bis maximal 8 Personen. Es gab auch schon Extremfälle, bei der wir nur einen Gast hatten. Hin und wieder machen wir auch kleine oder grössere Ausflüge, z.B. ans Meer oder in einen Park. Unser grösster Ausflug bis jetzt war eine Fahrt auf die Awaji-Insel, in deren Verlauf wir auch ein Blumencenter besucht haben. Diese Ausflüge stellen eine wunderbare Abwechslung zum Arbeitsalltag dar. Verpflegung, besondere Ereignisse und Bewertung. Sowohl in Okubo als auch im Hauptgebäude bekomme ich 3 Mahlzeiten am Tag und 30.000 Yen Taschengeld pro Monat. Desweiteren habe ich während meiner Zeit in Kobe auch 1 Stunde pro Woche kostenlosen Japanischunterricht erhalten. Während meines Aufenthaltes bisher gab es zwei ganz besondere Ereignisse. Zum Einen ist hier unsere Einladung zum Empfang des deutschen Konsuls aus Anlass des Tages der deutschen Einheit zu nennen. Desweiteren hatten ich, Jonas und Micha den Auftrag bekommen, im Oktober einen deutschen Kulturabend im Hauptgebäude durchzuführen. Dazu haben wir zum einen deutsche Gerichte gekocht und zum anderen einen Multimedia-Vortrag zu Deutschland auf Japanisch gehalten. Dieser Abend war für uns eine sehr gute Gelegenheit, den Japanern Deutschland näher zu bringen.

Insgesamt bin ich mit meinem Aufenthalt hier sehr zufrieden. Ich wurde von den Japanern in beiden Gebäuden sehr freundlich aufgenommen und hatte bisher keinerlei Probleme mit meiner Arbeit oder meinen Mitarbeitern. Das Interesse der älteren Japaner an Deutschland ist leider sehr gering, dafür wurde ich aber vom Staff schon vieles über Deutschland gefragt, z.B. über die Essgewohnheiten oder wie Weihnachten und Silvester gefeiert werden. Auch Fragen über das Bildungssystem, beliebte Sportarten oder über die neue Bundeskanzlerin gab es schon. Darüberhinaus habe ich auch schon vieles von selbst aus über Deutschland erzählt. Über den Wert meiner Arbeit hier bin ich allerdings skeptisch. Da wir gerade im Day-Service fast genauso viel Mitarbeiter wie Gäste haben, reichen meine Tätigkeiten manchmal über den blossen Smalltalk mit den Gästen nicht hinaus. Ich würde mir daher wünschen, dass noch einmal darüber nachgedacht wird, wie die Zivis hier sinnvoller eingesetzt werden könnten bzw. ob sie überhaupt gebraucht werden. An dieser Stelle möchte ich auch erwähnen, dass das Datum unserer Ankunft in Japan anscheinend nicht richtig übermittelt wurde, denn

es war am ersten Tag noch kein Zimmer für uns vorbereitet, so dass wir bei einer japanischen Bekannten zu Hause übernachten mussten. Au-

ßerdem war unsere Chefin auch noch nicht über die Urlaubsregelungen informiert.

Impressum

Herausgeber: Deutsch-Japanisches Friedensforum Berlin e. V. (DJF Berlin). Das DJF-Quarterly ist ein Informations- und Mitteilungsblatt des DJF Berlin und erscheint zur Zeit noch unregelmäßig.

Redaktion: E. Eichhorn, S. Eichhorn, A. Szagun

Redaktionsanschrift : DJF-Quarterly, c/o E. Eichhorn, Ostender Straße 5, 13353 Berlin

E-Mail: eichhorn@tfh-berlin.de

Homepage: <http://www.djf-ev.de>

Satz und Gestaltung: A. Szagun

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des DJF Berlin wieder. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Der Einzelverkaufspreis für Nicht-Mitglieder beträgt 5,00 Euro.

Das Deutsch-Japanisches Friedensforum Berlin e. V. ist als gemeinnützig anerkannt. Vereinsregister Berlin Nr. 95 VR 9725 NZ.

Bankverbindung: Konto Nr. 44 47 19-103 bei der Postbank Berlin, BLZ 100 100 10.

Fünf neue Einrichtungen für den ADiA in Japan

von Andreas Szagun

Im Jahr 2006 konnten fünf neue Einrichtungen für den ADiA in Japan eingeworben werden. Hierbei hatten sich auch die Bewerber ihre Kontakte nach Japan genutzt und das DJF entsprechend unterstützt.

Zwei sozusagen ‚klassische‘ ADiA-Einrichtungen sind der Tadoshi-Kindergarten und die Shinseikai-Senioreneinrichtung. Als neuer Zweig Umweltschutzbereich sind zu nennen der Umweltverein Hakkenzan und die Organisation NEPA. Abgerundet wird das neue Angebot durch das Nagasaki-Friedensmuseum. Die Behinderteneinrichtung Kyou Dou Gaku Sha ist dagegen auf Beschluß der Mitgliederversammlung vom Januar 2006 aus dem Programm geneommen worden, da sich die Beschwerden der ADiA-Leistenden, aber auch die Probleme bei dieser Einrichtung gehäuft haben. Bei keiner anderen Einrichtung gab es bisher Abbrecher.

Dies sind die einzelnen neuen Stellen:

Tadoshi-Kindergarten in Fukugawa auf Hokkaido. Gegründet im Jahre 1953 orientiert er sich an den buddhistischen Lehren und stellt die Ansprüche der Kinder und ihr Aufwachsen in der Natur in den Mittelpunkt, ohne religiöse Festlegungen zu fordern.

Shinseikai-Senioreneinrichtung in Haruna auf Honshu. Die aus mehreren verschiedenen Teilen, wie Altersheim, Zentrum für Tagesbetreuung und Krankenhaus, bestehende Einrichtung wurde 1957 gegründet und hat rund 500 Senioren in ihrer Obhut, die von rund 300 Pflegern betreut werden.

Umweltverein Hakkenzan in Sapporo auf Hokkaido. Gegründet im Jahre 2003 und entstanden aus einer Initiative zur Müllvermeidung beschäftigt sich der Umweltverein mittlerweile mit einer ganzen Reihe von Tätigkeiten im Umweltschutzbereich. So wird unter anderem ein umweltpädagogischen Bauernhof betrieben

NEPA (New Energy Extension and Promotion Association) in Sapporo auf Hokkaido beschäftigt sich mit regenerativen Energien und der Vermittlung von Kenntnissen über sie schon an Schüler und Jugendliche, aber auch z.B. an Landwirte. Gegründet wurde NEPA 2001.

Nagasaki Peace Museum in Nagasaki. Gegründet wurde es 1995 und es beschäftigt sich nicht nur mit der offiziell verdrängten japanischen Geschichte und der Bedrohung durch Kernwaffen, sondern auch mit Friedenserziehung.

